

No. 35489

**Germany
and
Bolivia**

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Bolivia for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital (with protocol and exchange of notes of 30 July 1993 and 12 August 1993). Königswinter/Petersberg, 30 September 1992

Entry into force: *12 July 1995 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 28*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 22 February 1999*

**Allemagne
et
Bolivie**

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Bolivie tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole et échange de notes du 30 juillet 1993 et 12 août 1993). Königswinter/Petersberg, 30 septembre 1992

Entrée en vigueur : *12 juillet 1995 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 28*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 22 février 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Bolivien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Bolivien –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern, haben das folgende Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen geschlossen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer,

im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet;

b) in der Republik Bolivien:

die Ergänzungsabgabe zur Mehrwertsteuer (Régimen Complementario al Impuesto al Valor Agregado – RC-IVA),
die Steuer auf das angenommene Einkommen der Unternehmen (Impuesto a la Renta Presunta de Empresas – IRPE),
die Steuer auf das angenommene Einkommen der Vermögenseigentümer (Impuesto a la Renta Presunta de Propietarios de Bienes – IRPPB) und

die Steuer auf Transaktionen (Impuesto a las Transacciones – IT),

im folgenden als „bolivianische Steuer“ bezeichnet.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander – falls erforderlich – am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn aus dem Zusammenhang nichts anderes hervorgeht,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Bolivien und, im geographischen Sinn verwendet, den Geltungsbereich des Steuerrechts des betreffenden Staates;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ und „eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person“ je nach dem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland oder eine in der Republik Bolivien ansässige Person;
- e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“ je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in bezug auf die Republik Bolivien alle bolivianischen Staatsangehörigen sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach der Verfassung und dem geltenden Recht der Republik Bolivien errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und auf seiten der Republik Bolivien das Ministerium für Finanzen.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die ihren Wohnsitz, ihren ständigen oder gewöhnlichen Aufenthalt, den Ort ihrer Geschäftsleitung oder ihren Sitz in diesem Staat hat.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie die engeren Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person die engeren Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, die zur Ausübung einer unternehmerischen Tätigkeit und zur Erzielung von Einkommen dient.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt unter anderem

- a) ein Verwaltungsbüro oder einen Ort der Verwaltung oder Geschäftsleitung,
- b) Zweigniederlassungen oder Vertretungen,
- c) eine Fabrikationsstätte oder eine Industrie- oder Montagewerkstätte, oder einen land- und viehwirtschaftlichen Betrieb,
- d) Bergwerke, Steinbrüche oder andere Stätten der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- e) Bauausführungen oder Montagen, deren Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Ist eine Person in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(4) Als Betriebsstätten gelten nicht

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung, oder zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- c) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Unbewegliches Vermögen

(1) Einkünfte jeder Art aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen und ordnungsgemäß nachgewiesenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei dann, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschiffe und Luftfahrzeuge

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen aufgelegt und vereinbart werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, werden die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden,

- a) die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in der Republik Bolivien ansässige Person zahlt, können in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist;

- b) die eine in der Republik Bolivien ansässige Gesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person zahlt, können in der Republik Bolivien nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet

- a) Dividenden aus Aktien, Einkünfte aus Genussrechten oder Genusscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung und
- b) andere Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie für Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteielscheine an Kapitalanlagegesellschaften.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesen Fällen ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die bolivianische Regierung gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Bolivien stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern gezahlt werden, sind von der bolivianischen Steuer befreit.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesen Fällen ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesen Fällen ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs im anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung das in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit im anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Angehörigen der wirtschaftsberatenden Berufe.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, die sie im anderen Vertragsstaat ausgeübt hat, nur in dem zuletzt genannten Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Mitglieder von Aufsichts- und Verwaltungsorganen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich oder im Rahmen einer Gruppe ausgeübten Tätigkeit beziehen, oder Einkünfte auf Grund der Ausübung dieser Tätigkeit als berufsmäßige Künstler in einem Unternehmen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der Besuch der berufsmäßigen Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang von öffentlichen Einrichtungen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird.

Artikel 18

Öffentliche Kassen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 können Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Vertragsstaat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für unselbständige Arbeit gewährt werden, nur in diesem Staat besteuert werden. Wird aber die unselbständige Arbeit im anderen Vertragsstaat von einem Angehörigen dieses Staates ausgeübt, der nicht Angehöriger des erstgenannten Staates ist, so können die Vergütungen nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln,

die ausschließlich von diesem Vertragsstaat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt werden sind.

(3) Auf Vergütungen für unselbständige Arbeit im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

Artikel 19

Ruhegehälter

Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Vergütungen, die ein Hochschullehrer oder anderer Lehrer, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar vorher dort ansässig war und der sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule oder anderen Lehranstalt in den anderen Vertragsstaat begibt, für diese Arbeit bezieht, werden im anderen Vertragsstaat nicht besteuert, vorausgesetzt, daß er die Vergütungen von außerhalb dieses anderen Staates bezieht.

(2) War eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich im anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre und Praktikanten) vorübergehend auf, so ist sie vom Tag ihrer ersten Ankunft im anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit

- a) hinsichtlich der für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und
- b) während der Dauer von insgesamt höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 7 200 DM oder deren Gegenwert in bolivianischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die sie im anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

(3) War eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich im anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung, zur Ausbildung oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe, das von der Regierung eines Vertragsstaats durchgeführt wird, als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation vorübergehend auf, so ist diese Person vom Tag ihrer ersten Ankunft im anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit hinsichtlich

- a) dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums;
- b) aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland.

Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22
Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Abs. 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23
Vermeldung der Doppelbesteuerung

(1)

a) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person werden folgende Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Republik Bolivien besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen:

aa) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens;

bb) Unternehmensgewinne im Sinne des Artikels 7 und Gewinne, die unter Artikel 13 Abs. 2 fallen;

cc) Dividenden im Sinne des Artikels 10, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Republik Bolivien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört;

dd) Vergütungen im Sinne der Artikel 14, 15 und 18 Absätze 1 und 2.

Die Bundesrepublik Deutschland behält sich jedoch das Recht vor, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind ebenfalls auf alle in der Republik Bolivien gelegenen Vermögenswerte anzuwenden, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder wären.

b) Soweit nicht Buchstabe a anzuwenden ist, wird auf die von den aus der Republik Bolivien stammenden Einkünften zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer die bolivianische Steuer angerechnet, die nach bolivianischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Ebenso wird auf die von allen in der Republik Bolivien gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Vermögensteuer die bolivianische Vermögensteuer angerechnet, die nach bolivianischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt.

c) Für die Zwecke der in Buchstabe b erwähnten Anrechnung wird davon ausgegangen, daß die bolivianische Steuer beträgt

aa) bei Zinsen im Sinne des Artikels 11 Abs. 3 20 vom Hundert der Zinsen;

bb) bei Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Abs. 2 20 vom Hundert der Lizenzgebühren.

(2) Bei einer in der Republik Bolivien ansässigen Person werden alle aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte und alle in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der bolivianischen Steuer ausgenommen. Die Republik Bolivien behält sich jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Außer in den Fällen der Artikel 9, 11 Abs. 6 und 12 Abs. 5 sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so hat sie den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann. Sie regeln ferner in gegenseitigem Einvernehmen, wie die Begrenzungsbestimmungen des Abkommens in bezug auf die Besteuerung an der Quelle durchzuführen sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zum Zweck der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen, Behörden oder Gerichten zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder mit der Prüfung von Rechtsbehelfs- oder Klageverfahren oder strafrechtlicher Verfolgung in bezug auf diese Steuern befaßt sind. Dieser Vorbehalt verbietet es nicht, diese Informationen im Rahmen eines öffentlichen Gerichtsverfahrens vor den zuständigen Gerichten offenzulegen.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Handels- oder Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Diplomaten und Konsularbeamte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen wegen der einer Person nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer internationaler Vereinbarungen zustehenden Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens gelten die Mitglieder einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung, die ein Vertragsstaat im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat unterhält, sowie die bei ihnen lebenden Personen als im Entsendestaat ansässig, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaats besitzen und dort zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen herangezogen werden.

(4) Das Abkommen gilt nicht für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates,

die in einem Vertragsstaat anwesend sind, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen als dort ansässig behandelt werden.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in La Paz ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1991 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- b) in der Republik Bolivien auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1991 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern, die nach dem 31. Dezember 1990 gezahlt werden.

Artikel 28

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten vor dem 1. Juli eines jeden Kalenderjahrs das Abkommen nach Ablauf von fünf Jahren vom Inkrafttreten an gerechnet auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die auf die Kündigung folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- b) in der Republik Bolivien auf die Steuern, die für die auf die Kündigung folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahrs gezahlt werden.

Geschehen zu Königswinter/Petersberg am 30. September 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Kinkel
Zeitler

Für die Republik Bolivien

Maclean

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Bolivien

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 30. September 1992 in Königswinter/Petersberg die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

(1) Die Vertragsstaaten erklären:

Dieses Abkommen steht den Steuersystemen der Vertragsstaaten und insbesondere dem auf die Einkommensquelle abstellenden bolivianischen Steuersystem und dem auf die Ansässigkeit und das Welteinkommen abstellenden deutschen Steuersystem nicht entgegen.

(2) Zu Artikel 7

a) Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur die Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten sind. Gewinne, die aus einer mit diesen Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden oder davon unabhängigen Warenlieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person herrühren, sind der Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen;

b) Einkünfte aus Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie aus technischen Dienstleistungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in diesem Staat ausführt und die im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte stehen, sind dieser Betriebsstätte nicht zuzurechnen.

(3) Zu Artikel 7

Die Steuer auf Gewinnabführungen einer bolivianischen Betriebsstätte eines deutschen Unternehmens darf 15 vom Hundert nicht übersteigen.

(4) Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel werden die dort erwähnten Gewinne, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und

b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners abzugsfähig sind.

(5) Zu Artikel 11

Es wird davon ausgegangen, daß die Provisionen, die eine in der Republik Bolivien ansässige Person an eine Bank oder ein anderes Kreditinstitut für von der Bank oder dem Kreditinstitut erbrachte Leistungen zahlt, als Zinsen gelten und unter Artikel 11 Abs. 3 fallen.

(6) Zu den Artikeln 10, 11 und 12 und zu Nr. 3 des Protokolls

Wenn die Steuersätze nach den jeweiligen innerstaatlichen Gesetzen unter den im Abkommen vorgesehenen Sätzen liegen, finden die niedrigeren Sätze des innerstaatlichen Rechts Anwendung.

(7) Zu Artikel 23

Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Bolivien zur Ausschüttung, so schließt Artikel 23 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

(8) Zu Artikel 23

Ungeachtet des Artikels 23 Abs. 1 Buchstabe a wird Buchstabe b dieses Artikels mit Ausnahme der ergänzenden Bestimmungen des Buchstaben c sinngemäß auf die Gewinne einer Betriebsstätte und auf das Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, auf die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden, auf die Beteiligung an einer Gesellschaft und auf die in Artikel 13 Abs. 1 und 2 des Abkommens erwähnten Gewinne angewandt, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebsstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich stammen

- a) aus einer der folgenden in der Republik Bolivien ausgeübten Tätigkeiten: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, Ausbeutung von Bodenschätzen, Land- und Viehwirtschaft, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte; oder
- b) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in der Republik Bolivien ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren Kapital zu mehr als 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehört und die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden in der Republik Bolivien ausgeübten Tätigkeiten beziehen: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, Ausbeutung von Bodenschätzen, Land- und Viehwirtschaft, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte.

EXCHANGE OF NOTES -- ÉCHANGE DE NOTES

I

NOTENWECHSEL

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Verbalnote

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nr. 152/93 vom 30. April 1993 sowie auf das am 30. September 1992 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Bolivien und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Zusatzvereinbarung zwischen der Regierung der Republik Bolivien und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit Artikel 26 des genannten Abkommens vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut hat:

1. Soweit nach dem am 30. September 1992 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Bolivien und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, im folgenden „Abkommen“ genannt, personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend zu Artikel 26 des Abkommens die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:
 - a) Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der übermittelten Daten zu achten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die betreffenden Daten zu berichtigen oder zu vernichten.
 - b) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
 - c) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe jedweder Art zu schützen.
 - d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit sich eine gebührende Abwägung des Falls ergibt, daß das öffentliche Interesse an der Nichterteilung der Auskunft das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.
 - e) Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, richtet sich nach dem nationalen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
2. Diese Zusatzvereinbarung erhält die gleiche Rechtskraft wie das Abkommen.

Falls sich die Regierung der Republik Bolivien mit den Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis der Regierung der Republik Bolivien zum Ausdruck bringende Antwortnote Ihrer Exzellenz eine ergänzende Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien zu Artikel 26 des Abkommens bilden, die gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft tritt.

Ich benutze diesen Anlaß, Sie, Herr Minister, erneut meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Dr. Ekkehard Hallensleben

La Paz, 30. Juli 1993

Herrn Minister für auswärtige
und kulturelle Angelegenheiten
Roberto Peña
La Paz

II

Republik Bolivien
Ministerium für auswärtige und
kulturelle Angelegenheiten

Hiermit bestätige ich den Empfang Ihrer Note Nr. RK 551/20 vom 30. Juli des Jahres im Zusammenhang mit dem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die wie folgt lautet:

[See note I -- Voir note I]

Hierzu teile ich Ihnen mit, daß der in der genannten Note unterbreitete Vorschlag für die Regierung Boliviens annehmbar ist, so daß die Note Ihrer Exzellenz und diese Antwortnote einen Vertrag zwischen beiden Regierungen darstellen, der mit gleichem Datum in Kraft tritt.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, sehr geehrter Herr Botschafter, erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

La Paz, 12. August 1993

Herrn Dr. Ekkehard Hallensleben
Sonderbotschafter und Bevollmächtigter
der Bundesrepublik Deutschland
La Paz

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**Convenio
entre la República Federal de Alemania
y la República de Bolivia
para evitar la doble imposición
en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio**

La República Federal de Alemania

y

la República de Bolivia,

deseando fomentar sus relaciones económicas mediante la supresión de obstáculos de índole fiscal, han concluido el siguiente Convenio para evitar la Doble Imposición en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio:

Artículo 1

Ámbito Subjetivo

El presente Convenio se aplica a las personas domiciliadas en uno o ambos Estados Contratantes.

Artículo 2

Impuestos comprendidos en el Convenio

(1) El presente Convenio se aplica a los Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio, según el caso, exigibles por cada uno de los Estados Contratantes, de sus Estados Federados, de sus subdivisiones políticas y de sus autoridades locales, cualquiera que sea el sistema de su exacción.

(2) Se consideran Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio los que gravan la totalidad de la renta o del patrimonio o cualquier parte de los mismos, incluidos los impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles o inmuebles, así como los impuestos sobre las plusvalías.

(3) Los impuestos actuales a los que concretamente se aplica este Convenio son:

- a) En la República Federal de Alemania:
- el Einkommensteuer (impuesto sobre la renta);
 - el Körperschaftsteuer (impuesto sobre sociedades);
 - el Vermögensteuer (impuesto sobre el patrimonio); y
 - el Gewerbesteuer (impuesto sobre las explotaciones industriales y comerciales),
- los que, en lo sucesivo, se denominan "impuesto alemán".
- b) En la República de Bolivia:
- el Régimen Complementario al Impuesto al Valor Agregado (RC-IVA);
 - el Impuesto a la Renta Presunta de Empresas (IRPE);
 - el Impuesto a la Renta Presunta de Propietarios de Bienes (IRPPB); y

el Impuesto a las Transacciones (IT),

los que, en lo sucesivo, se denominan "impuesto boliviano".

(4) El Convenio se aplicará igualmente a los impuestos de naturaleza idéntica o análoga que se establezcan con posterioridad a la fecha de la firma del mismo y que se añadan a los actuales o los sustituyan. Al final de cada año las autoridades competentes de los Estados Contratantes se comunicarán mutuamente – en la medida de lo necesario – las modificaciones que se hayan introducido en sus respectivas legislaciones fiscales.

Artículo 3

Definiciones generales

(1) Para los efectos del presente Convenio y a menos que en el texto se indique otra cosa

- a) las expresiones "un Estado Contratante" y "el otro Estado Contratante" significan la República Federal de Alemania o la República de Bolivia, según se derive del texto, y cuando se emplea en sentido geográfico, el área de aplicación de las leyes impositivas del Estado respectivo;
- b) el término "persona" comprende las personas naturales y las sociedades;
- c) el término "sociedad" significa cualquier persona jurídica o cualquier entidad que se considere persona jurídica e efectos impositivos;
- d) las expresiones "una persona domiciliada en un Estado Contratante" y "una persona domiciliada en el otro Estado Contratante" significan, según se derive del texto, una persona domiciliada en la República Federal de Alemania o una persona domiciliada en la República de Bolivia;
- e) las expresiones "empresa de un Estado Contratante" y "empresa del otro Estado Contratante" significan una empresa explotada por una persona domiciliada en un Estado Contratante y una empresa explotada por una persona domiciliada en el otro Estado Contratante según se infiera del texto;
- f) el término "nacional" significa
 - aa) en relación a la República Federal de Alemania, todos los alemanes en el sentido del párrafo 1 del Artículo 116 de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania, así como todas las personas jurídicas, sociedades de personas y otras asociaciones de personas establecidas conforme al derecho vigente en la República Federal de Alemania;
 - bb) en relación a la República de Bolivia todos los nacionales bolivianos y todas las personas jurídicas, sociedades de personas, y otras asociaciones de personas establecidas conforme a la Constitución y leyes vigentes en la República de Bolivia;
- g) la expresión "tráfico internacional" significa todo transporte efectuado por un buque o aeronave explotado por una empresa cuya sede de dirección efectiva esté situada en un Estado Contratante, salvo cuando el buque o aeronave no sea objeto de explotación mas que entre dos puntos situados en el otro Estado Contratante;
- h) la expresión "autoridad competente" significa, en el caso de la República Federal de Alemania, el Ministerio Federal de Finanzas, en el caso de la República de Bolivia el Ministerio de Finanzas.

(2) Para la aplicación del presente Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida de otra manera tendrá, a menos que el texto exija una interpretación diferente, el significado que se le atribuya por la legislación de este Estado Contratante relativa a los impuestos que son objeto del presente Convenio.

Artículo 4

Residente

(1) A los fines de este Convenio, el término "residente de un Estado Contratante" significa cualquier persona que tiene su domicilio, residencia, lugar de estadia habitual, lugar de dirección o sede en dicho Estado.

(2) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una persona natural resulte domiciliada en ambos Estados Contratantes, el caso se resolverá según las siguientes reglas:

- a) Esta persona será considerada domiciliada en el Estado Contratante donde tenga una vivienda permanente. Si tuviera una vivienda permanente en ambos Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante en el que mantenga relaciones más estrechas (centro de intereses vitales);
- b) Si no pudiera determinarse el Estado Contratante en el que dicha persona mantiene relaciones más estrechas o si no tuviera una vivienda permanente en ninguno de los Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante donde reside de manera habitual;
- c) Si residiere de manera habitual en ambos Estados Contratantes o no lo hiciera en ninguno de ellos, las autoridades competentes de los Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

(3) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una persona, que no sea persona natural, sea domiciliada en ambos Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

Artículo 5

Establecimiento permanente

(1) En el sentido del presente Convenio, la expresión "establecimiento permanente" significa un lugar fijo de negocios que sirva para el ejercicio de una actividad empresarial y que tenga como objetivo la generación de rentas.

(2) La expresión "establecimiento permanente" comprende, entre otros:

- a) una oficina o lugar de administración o dirección de negocios;
- b) las sucursales o agencias;
- c) una fábrica, planta o taller industrial o de montaje, o establecimiento agropecuario;
- d) las minas, canteras o cualquier otro lugar de extracción de recursos naturales;
- e) las obras de construcción o de montaje cuya duración exceda de seis meses.

(3) Una persona que actúe en un Estado Contratante por cuenta de una empresa del otro Estado Contratante, se considerará que constituye establecimiento permanente en el Estado primeramente mencionado si tiene y ejerce habitualmente en este Estado poderes para concluir contratos en nombre de la empresa, a menos que sus actividades se limiten a la compra de bienes o mercancías para la misma.

- (4) El término "establecimiento permanente" no comprende:
- a) la utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercancías pertenecientes a la empresa;
 - b) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de almacenarlas, exponerlas, entregarlas o de que sean transformadas por otra empresa;
 - c) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de comprar bienes o mercancías o de recoger información, para la empresa;

d) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de hacer publicidad, suministrar información, realizar investigaciones científicas o desarrollar otras actividades similares que tengan carácter preparatorio o auxiliar, siempre que estas actividades se realicen para la propia empresa.

(5) No se considera que una empresa de un Estado Contratante tiene establecimiento permanente en el otro Estado Contratante por el mero hecho de que realice actividades en este otro Estado por medio de un corredor, un comisionista general, o cualquier otro mediador que goce de un estatuto independiente, siempre que estas personas actúen dentro del marco ordinario de su actividad.

(6) El hecho de que una sociedad domiciliada en un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad domiciliada en el otro Estado Contratante o que realice actividades en este otro Estado (ya sea por medio de establecimiento permanente o de otra manera) no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en establecimiento permanente de la otra.

Artículo 6

Bienes inmuebles

(1) Las rentas de cualquier naturaleza provenientes de bienes inmuebles serán gravables en el Estado Contratante en que tales bienes estén situados.

(2) La expresión "bienes inmuebles" tendrá el significado que le atribuya el derecho del Estado Contratante en que los bienes en cuestión estén situados. Dicha expresión comprende en todo caso los accesorios, el ganado y equipo utilizado en las explotaciones agrícolas y forestales, los derechos a los que se apliquen las disposiciones de Derecho privado relativas a los bienes raíces, el usufructo de bienes inmuebles y los derechos a percibir pagos variables o fijos por la explotación o la concesión de la explotación de yacimientos minerales, fuentes y otros recursos naturales; los buques, embarcaciones y aeronaves no se considerarán bienes inmuebles.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 se aplican a las rentas derivadas de la utilización directa, del arrendamiento o aparcería, así como de cualquier otra forma de explotación de los bienes inmuebles.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 3 se aplican igualmente a las rentas derivadas de los bienes inmuebles de una empresa y de los bienes inmuebles utilizados para el ejercicio de trabajos independientes.

Artículo 7

Beneficios de empresas

(1) Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante solamente serán gravables en este Estado, a no ser que la empresa efectúe operaciones en el otro Estado por medio de un establecimiento permanente situado en él. En este último caso los beneficios de la empresa serán gravables en el otro Estado, pero sólo en la medida en que sean atribuidos al establecimiento permanente.

(2) Cuando una empresa de un Estado Contratante realice negocios en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante se atribuirán al establecimiento permanente los beneficios que éste obtendría si fuese una empresa distinta y separada que realizase las mismas o similares actividades, en las mismas o similares condiciones, y tratase con total independencia con la empresa de la que es establecimiento permanente.

(3) Para la determinación del beneficio del establecimiento permanente se permitirá la deducción de los gastos producidos y debidamente demostrados para los fines del establecimiento permanente, comprendidos los gastos de dirección y generales de administración para los mismos fines, tanto si se efectúan en el Estado en que se encuentre el establecimiento permanente o en otra parte.

(4) Mientras sea usual en un Estado Contratante determinar los beneficios imputables a los establecimientos permanentes sobre la base de un reparto de los beneficios totales de la empresa entre sus diversas partes, lo establecido en el párrafo 2 no impedirá que este Estado Contratante determine de esta manera los beneficios imponibles; sin embargo, el método de reparto adoptado habrá de ser tal que el resultado obtenido esté de acuerdo con los principios enunciados en este artículo.

(5) No se atribuirá ningún beneficio a un establecimiento permanente por el mero hecho de que éste compre bienes o mercancías para la empresa.

(6) A efectos de los anteriores párrafos, los beneficios imputables al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos válidos y suficientes para proceder en otra forma.

(7) Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos de este Convenio, las disposiciones de aquellos no quedarán afectadas por las del presente artículo.

Artículo 8

Buques y aeronaves

(1) Los beneficios procedentes de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional sólo serán gravables en el Estado Contratante en el que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(2) Las disposiciones del párrafo 1 se aplican por analogía a las participaciones de una empresa que explota buques o aeronaves en transporte internacional, en un pool, una comunidad operacional u otra agrupación internacional de explotación.

(3) Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que se encuentra en el Estado Contratante donde esté el puerto base del buque, o, si no existiera tal puerto base, en el Estado Contratante en el que está domiciliada la persona que explota el buque.

Artículo 9

Empresas asociadas

Quando

- a) una empresa de un Estado Contratante participe, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa del otro Estado Contratante, o
- b) unas mismas personas participen, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y, en uno y otro caso, las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones, exigidas y aceptadas, que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que una de las empresas habría obtenido de no existir estas condiciones y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, se incluirán en los beneficios de esta empresa y serán gravados en consecuencia.

Artículo 10

Dividendos

(1) Los dividendos

- a) pagados por una sociedad residente en la República Federal de Alemania a un residente en la República de Bolivia pueden someterse a imposición en la República Federal de Alemania, y según la legislación de ésta; pero el impuesto así exigido no podrá exceder del 10 por 100 del importe bruto de los dividendos si el percceptor de los dividendos es el beneficiario efectivo;

- b) pagados por una sociedad residente en la República de Bolivia a un residente en la República Federal de Alemania pueden someterse a imposición en la República de Bolivia, y según la legislación de ésta; pero el impuesto así exigido no podrá exceder del 15 por 100 del importe bruto de los dividendos si el receptor de los dividendos es el beneficiario efectivo.

Este párrafo no afecta a la imposición de la sociedad respecto de los beneficios con cargo a los cuales se paguen los dividendos.

(2) El término "dividendos" empleado en el presente artículo significa:

- a) los dividendos de las acciones, los rendimientos de las acciones o bonos de disfrute, de las partes de minas, de las partes de fundador u otros derechos, excepto los de crédito, que permitan participar en los beneficios, y
- b) otras rentas sujetas al mismo régimen fiscal que los rendimientos de las acciones por la legislación del Estado en que reside la sociedad que las distribuya, así como, a los efectos de la tributación en la República Federal de Alemania, los rendimientos obtenidos por un socio oculto ("stiller Gesellschafter") de su participación como tal y los repartos de beneficios respecto a certificados de participación en sociedades de inversiones.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario efectivo de los dividendos, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante, del que es residente la sociedad que paga los dividendos, una actividad industrial o comercial a través de un establecimiento permanente aquí situado o presta unos trabajos independientes por medio de una base fija aquí situada con los que la participación que genera los dividendos esté vinculada efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del artículo 7 o del artículo 14, según proceda.

(4) Cuando una sociedad residente de un Estado Contratante obtenga beneficios o rentas procedentes del otro Estado Contratante, este otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad, salvo en la medida en que estos dividendos sean pagados a un residente de este otro Estado o la participación que genera los dividendos este vinculada efectivamente a un establecimiento permanente o a una base fija situada en este otro Estado, ni someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre los mismos, aunque los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas procedentes de este otro Estado.

Artículo 11

Intereses

(1) Los intereses procedentes de un Estado Contratante y pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, y de acuerdo con la legislación de este Estado; pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15 por 100 del importe bruto de los intereses si el receptor de los mismos es el beneficiario efectivo.

(2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, se aplicarán las siguientes reglas:

- a) Los intereses procedentes de la República Federal de Alemania y pagados al Gobierno de Bolivia están exentos del impuesto alemán;
- b) los intereses procedentes de la República de Bolivia y pagados al Gobierno de la República Federal de Alemania, al Deutsche Bundesbank, al Kreditanstalt für Wiederaufbau o a la Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern están exentos del impuesto boliviano.

(3) El término "intereses", empleado en el presente artículo, significa los rendimientos de créditos de cualquier naturaleza, con o sin garantías hipotecarias o cláusula de participación en los beneficios del deudor, y especialmente las rentas de fondos públicos y bonos u obligaciones, incluidas las primas y lotes unidos a estos títulos. Las penalizaciones por mora en el pago no se consideran como intereses a efectos del presente artículo.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no se aplican si el beneficiario efectivo de los intereses, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante, del que proceden los intereses, una actividad industrial o comercial por medio de un establecimiento permanente situado en este otro Estado o presta unos servicios profesionales por medio de una base fija situada en él, con los que el crédito que genera los intereses esté vinculado efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del artículo 7 o del artículo 14, según proceda.

(5) Los intereses se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales o un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente o una base fija en relación con los cuales se haya contraído la deuda que da origen al pago de los intereses y que soporten la carga de los mismos, éstos se considerarán como procedentes del Estado Contratante donde estén situados el establecimiento permanente o la base fija.

(6) Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de los intereses o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito por el que se paguen, exceda del que hubieran convenido el deudor y el acreedor en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplican más que a este último importe. En este caso el exceso podrá someterse a imposición, de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Convenio.

Artículo 12

Regalías

(1) Las regalías procedentes de un Estado Contratante y pagadas a un residente del otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, de acuerdo con la legislación de este Estado; pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15 por 100 del importe bruto de las regalías si el receptor de las mismas es el beneficiario efectivo.

(2) El término "regalías" empleado en el presente artículo significa las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de un derecho de autor sobre una obra literaria, artística o científica, incluidas las películas cinematográficas, de una patente, marca de fábrica o de comercio, dibujo o modelo, plano, fórmula o procedimiento secreto, así como por el uso o la concesión de uso de un equipo industrial, comercial o científico, y por las informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario efectivo de las regalías, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante donde proceden las regalías una actividad industrial o comercial por medio de un establecimiento permanente situado en este otro Estado o presta unos servicios profesionales por medio de una base fija situada en él, con los que el derecho o propiedad por los que se pagan las regalías estén vinculados efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del artículo 7 o del artículo 14, según proceda.

(4) Las regalías se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, uno de sus Estados Federados o una de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales o un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de las regalías, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente o una base fija en relación con los cuales se haya contraído la obligación de pagar las regalías y que soporten la carga de las mismas, éstos se considerarán como procedentes del Estado Contratante donde estén situados el establecimiento permanente o la base fija.

(5) Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de las regalías o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de las regalías pagadas, habida cuenta de la prestación por la que se pagan, exceda del que habrían convenido el deudor y el beneficiario efectivo en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplican más que a este último importe. En este caso el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Convenio.

Artículo 13

Ganancias por enajenación de bienes

(1) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes inmuebles, conforme se definen en el párrafo 2 del artículo 6, serán gravables en el Estado Contratante en que estén situados.

(2) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a una base fija que una persona domiciliada en un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de servicios profesionales, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación del establecimiento permanente (sólo o con el conjunto de la empresa) o de la base fija, serán gravables en este otro Estado. Sin embargo, las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles mencionados en el párrafo 3 del artículo 22 sólo serán gravables en el Estado Contratante al que, de acuerdo con dicho artículo, corresponde el derecho a gravarlos.

(3) Las ganancias derivadas de la enajenación de participaciones en una sociedad domiciliada en un Estado Contratante serán gravables en este Estado.

(4) Las ganancias derivadas de la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los párrafos 1 a 3, sólo serán gravables en el Estado Contratante en que el transmitente está domiciliado.

Artículo 14

Actividades profesionales no dependientes

(1) Las rentas que una persona natural domiciliada en un Estado Contratante obtenga de una profesión libre, u otra actividad análoga no dependiente, sólo serán gravables en este Estado, a no ser que esta persona disponga de manera habitual en el otro Estado Contratante de una base fija para el ejercicio de su actividad. En este último caso, dichas rentas pueden someterse a imposición en el otro Estado, pero sólo en la medida en que proceda atribuirles a la base fija.

(2) La expresión "profesión libre" comprende, especialmente, las actividades independientes, científicas, literarias, artísticas, de educación o enseñanza, así como las actividades independientes de los médicos, abogados, ingenieros, arquitectos, odontólogos y pertenecientes a las profesiones de asesoramiento económico.

Artículo 15

Profesiones dependientes

(1) Los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por una persona domiciliada en un Estado Contratante por una actividad dependiente ejercida en el otro Estado Contratante serán gravables sólo en este último Estado, sin perjuicio de las disposiciones de los artículos 16, 16 y 19.

(2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, las remuneraciones obtenidas por una persona domiciliada en un Estado Contratante por razón de un empleo ejercido en el otro Estado Contratante, sólo serán gravables en el primer Estado si:

- a) el empleado no permanece en total en el otro Estado, en uno, o varios periodos, más de 183 días durante el año civil considerado, y
- b) las remuneraciones se pagan por, o en nombre de, una persona que no está domiciliada en el otro Estado, y
- c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o una base fija que la persona para quien se trabaja tiene en el otro Estado.

(3) No obstante las disposiciones de los párrafos 1 y 2, las remuneraciones obtenidas por razón de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave en tráfico internacional, serán gravables en el Estado Contratante en que se encuentre la sede de dirección efectiva de la empresa.

Artículo 16

Miembros de los consejos de administración y de vigilancia

Las participaciones, dietas de asistencia y retribuciones similares que una persona domiciliada en un Estado Contratante obtiene como miembro de un consejo de administración o de vigilancia de una sociedad domiciliada en el otro Estado Contratante, serán gravables en este otro Estado.

Artículo 17

Artistas y deportistas

(1) No obstante las disposiciones de los artículos 7, 14 y 15, las rentas obtenidas por los profesionales del espectáculo, tales como los artistas de teatro, cine, radiodifusión o televisión y los músicos, así como por los deportistas, por sus actividades personales como tales o en grupo, o las rentas procedentes del ejercicio de tales actividades por artistas profesionales en una empresa, serán gravables en el Estado Contratante en el que se ejerzan dichas actividades.

(2) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplicarán cuando la visita de los artistas o deportistas profesionales en un Estado Contratante sea costeada totalmente o en parte esencial por instituciones públicas del otro Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales.

Artículo 18

Cajas Públicas

(1) Sin perjuicio de las disposiciones del artículo 19, las remuneraciones pagadas por un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales, directamente o con cargo a un fondo especial creado por el Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales, a una persona natural por actividades dependientes, sólo serán gravables en este Estado. Si la actividad dependiente es ejercida en el otro Estado Contratante por un nacional de este segundo Estado que no es nacional del primero, las remuneraciones sólo serán gravables en el segundo Estado.

(2) El párrafo 1 se aplica por analogía a las remuneraciones que se paguen a un especialista o voluntario enviado al otro Estado Contratante con el consentimiento del mismo en el marco

de un programa de ayuda al desarrollo de un Estado Contratante, de uno de sus Estados Federados, de una de sus subdivisiones políticas o de una de sus autoridades locales, con fondos aportados exclusivamente por este Estado Contratante, sus Estados Federados, sus subdivisiones políticas o sus autoridades locales.

(3) Los artículos 15, 16 y 17 se aplican a las remuneraciones por actividades dependientes que se realicen en relación con una actividad industrial con fines de lucro de un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales.

Artículo 19

Pensiones

Las pensiones y remuneraciones similares pagadas, en consideración a un empleo anterior, a una persona domiciliada en un Estado Contratante sólo serán gravables en este Estado.

Artículo 20

Maestros, estudiantes y otras personas en formación

(1) Las remuneraciones que un profesor de escuela superior o un maestro, que esté domiciliado o lo haya estado inmediatamente antes, en un Estado Contratante, y que se traslada al otro Estado Contratante por un máximo de dos años a fin de ampliar estudios, o de hacer investigaciones o de ejercer una actividad docente en una universidad, escuela superior, escuela u otro centro docente, perciba por tal actividad no serán gravables en el otro Estado Contratante, siempre que dichas remuneraciones no procedan de este último Estado.

(2) Si una persona natural ha estado domiciliada en un Estado Contratante inmediatamente antes de trasladarse al otro, y permanece en este otro Estado con carácter provisional, únicamente como estudiante de una universidad, escuela superior, escuela u otro centro docente similar del otro Estado, o como aprendiz (en la República Federal de Alemania se incluyen los „Volontär“ o „Praktikant“), dicha persona, desde el día de su primera llegada al otro Estado, y por lo que se refiere a esta estadía, quedará exenta de imposición por parte del otro Estado:

- a) en todas las transferencias procedentes del extranjero, destinadas a su mantenimiento, educación o formación; y
- b) durante un período total de tres años como máximo por lo que se refiere a todas las remuneraciones por trabajos realizados en el otro Estado Contratante para complementar sus fondos de mantenimiento, educación o formación, hasta un total por año civil de 7 200,— DM, o su equivalente en moneda boliviana.

(3) Si una persona natural ha estado domiciliada en un Estado Contratante inmediatamente antes de trasladarse al otro, y permanece en este segundo Estado con carácter provisional, únicamente para fines de estudio, investigación, formación o en el marco de un programa de ayuda técnica realizado por el Gobierno de un Estado Contratante, recibiendo un subsidio, una parte de los gastos de mantenimiento, o una beca de parte de una organización científica, pedagógica, religiosa o caritativa, dicha persona, desde el día de su primera llegada al otro Estado, y por lo que se refiere a esta estadía, quedará exenta de imposición por parte del otro Estado:

- a) en dicho subsidio, parte de los gastos de mantenimiento, o beca;
- b) en todas las transferencias procedentes del extranjero, destinadas a su mantenimiento, educación o formación.

Artículo 21

Rentas no mencionadas expresamente

Las rentas de una persona domiciliada en un Estado Contratante no mencionadas expresamente en los artículos anteriores, sólo serán gravables en este Estado.

Artículo 22

Patrimonio

(1) El patrimonio constituido por bienes inmuebles, según se definen en el párrafo 2 del artículo 6, dará lugar a imposición en el Estado Contratante en que los bienes estén situados.

(2) El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente de una empresa, o por bienes muebles que pertenezcan a una base fija utilizada para el ejercicio de una actividad profesional independiente, darán lugar a imposición en el Estado Contratante en que el establecimiento permanente o la base fija estén situados.

(3) Los buques y aeronaves explotados en tráfico internacional así como los bienes muebles afectos a su explotación, sólo serán gravables en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(4) Todos los demás elementos del patrimonio de una persona domiciliada en un Estado Contratante sólo darán lugar a imposición en este Estado.

Artículo 23

Métodos para evitar la doble imposición

(1)

a) En el caso de una persona domiciliada en la República Federal de Alemania serán exceptuadas de la base de estimación del impuesto alemán las siguientes rentas, que de acuerdo con las disposiciones del presente Convenio serán gravables en la República de Bolivia:

aa) Rentas de bienes inmuebles en el sentido del artículo 6 y beneficios de la enajenación de dichos bienes;

bb) Beneficios de empresas en el sentido del artículo 7 y las ganancias a las que se refiere el artículo 13 párrafo 2;

cc) Dividendos en el sentido del artículo 10 pagados a una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania por una sociedad domiciliada en la República de Bolivia cuyo capital pertenezca directamente en por lo menos un 10 por 100 a la sociedad alemana;

dd) Remuneraciones en el sentido de los artículos 14, 15 y 18 párrafos 1 y 2.

La República Federal de Alemania se reserva sin embargo el derecho de tener en cuenta en la fijación del impuesto las rentas así exceptuadas.

Las disposiciones precedentes se aplicarán también a bienes de todas clases situados en la República de Bolivia si las rentas de dichos bienes deben o debieran ser exceptuadas de la base de estimación del impuesto alemán.

b) Siempre que no sea de aplicación la letra anterior, se deducirá del impuesto sobre la renta, y del impuesto sobre sociedades que haya de percibirse en la República Federal de Alemania sobre rentas procedentes de la República de Bolivia el impuesto percibido por el fisco boliviano conforme a las leyes bolivianas y de conformidad con el presente Convenio. Asimismo, se deducirá del impuesto sobre el patrimonio que haya de percibirse en la República Federal de Alemania sobre bienes de todas clases situados en la República de Bolivia el impuesto sobre el patrimonio percibido por el fisco boliviano conforme a las leyes bolivianas y de conformidad con el presente Convenio. El importe de la deducción no podrá exceder sin embargo la parte del impuesto alemán correspondiente a dichas rentas o bienes antes de hecha la deducción.

c) A los efectos de la deducción mencionada en la letra anterior se parte de la base de que el impuesto boliviano se eleva

aa) para los intereses en el sentido del artículo 11 párrafo 3 a 20 por 100 de los intereses;

bb) para regalías en el sentido del artículo 12 párrafo 2 a 20 por 100 de la regalías.

(2) En el caso de una persona domiciliada en la República de Bolivia se excluirá de la base sobre la cual se grava el impuesto boliviano cualquier tipo de renta originada en la República Federal de Alemania y cualquier patrimonio situado en la República Federal de Alemania que de conformidad con este Convenio puede ser gravado en la República Federal de Alemania. No obstante la República de Bolivia conserva el derecho de incluir en la determinación de la alícuota aplicable los rubros de renta y patrimonio así excluidos.

Artículo 24

No discriminación

(1) Los nacionales de un Estado Contratante no serán sometidos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este último Estado que se encuentren en las mismas condiciones.

(2) Un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no será sometido a imposición en este Estado de manera menos favorable que las empresas de este último Estado que realicen las mismas actividades. Esta disposición no obliga a un Estado Contratante a conceder a las personas domiciliadas en el otro Estado Contratante las deducciones personales, desgravaciones y reducciones de impuestos que otorgue a las personas domiciliadas en su territorio en consideración a su estado civil o cargas familiares o demás circunstancias personales.

(3) A excepción de los casos contemplados en los artículos 9, 11 párrafo 6 y 12 párrafo 5 los intereses, regalías y otras recompensas que una empresa de un Estado Contratante paga a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante serán deducibles para la determinación de los beneficios gravables de esta empresa de igual manera como lo son los pagos efectuados a una persona domiciliada en el Estado primeramente denominado. Igualmente, las deudas de una empresa de un Estado Contratante relativas a un residente del otro Estado Contratante son deducibles para la determinación del patrimonio imponible de esta empresa en las mismas condiciones que si se hubieran contraído con un residente del primer Estado.

(4) Las empresas de un Estado Contratante cuyo capital está, en todo o en parte, poseído o controlado, directa o indirectamente, por una o más personas domiciliadas en el otro Estado Contratante, no serán sometidas en el Estado contratante citado en primer lugar a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidas las empresas similares del primer Estado.

(5) No obstante las disposiciones del artículo 2, lo dispuesto en el presente artículo se aplica a todos los impuestos, cualquiera que sea su naturaleza o denominación.

Artículo 25

Procedimiento amistoso

(1) Cuando una persona domiciliada en un Estado Contratante considere que las medidas tomadas por uno o ambos Estados Contratantes implican o puedan representar para él un gravamen que no está conforme con el presente Convenio, independientemente de las acciones previstas por la legislación nacional de los Estados, podrá someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante en el que esté domiciliada.

(2) Esta autoridad competente, si la reclamación le parece fundada y si ella misma no está en condiciones de adoptar una solución satisfactoria, deberá resolver la cuestión mediante un acuerdo amistoso con la autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar una tributación que no esté de acuerdo con el presente Convenio.

(3) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes deberán resolver mediante acuerdo amistoso las dificultades o disipar las dudas que plantee la interpretación o aplicación del presente Convenio. También podrán ponerse de acuerdo para tratar de evitar la doble imposición en los casos no previstos en el mismo. También establecerán de mutuo acuerdo la forma de aplicar las disposiciones de límite de este Convenio relativas a la imposición en la fuente.

(4) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán comunicarse directamente para la aplicación del presente Convenio.

Artículo 26

Intercambio de información

(1) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán las informaciones necesarias para la aplicación del presente Convenio. Las informaciones así intercambiadas serán mantenidas en reserva y sólo se podrán revelar a las personas, autoridades o tribunales que estén encargados de la liquidación o recaudación de los impuestos objeto del presente Convenio, o del examen de recursos administrativos y jurisdiccionales o de acciones penales relativas a estos impuestos. Esta reserva tampoco incluye la revelación de las informaciones en el curso de las audiencias públicas de los tribunales competentes.

(2) En ningún caso, las disposiciones del párrafo 1 obligan a un Estado Contratante a:

- a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante;
- b) suministrar información que no se pueda obtener sobre la base de su propia legislación o práctica administrativa normal o de las del otro Estado Contratante;
- c) transmitir informaciones que revelen un secreto comercial, industrial, de negocios o profesional o un procedimiento comercial o industrial, o informaciones cuya comunicación sea contraria al orden público.

Artículo 27

Agentes diplomáticos y funcionarios consulares

(1) Las disposiciones del presente Convenio no afectan a los privilegios fiscales reconocidos a los agentes diplomáticos y a los funcionarios consulares de acuerdo con las reglas generales del derecho internacional o en virtud de convenciones especiales.

(2) En tanto que los ingresos o bienes de una persona no se sometan a imposición en el Estado receptor a causa de los privilegios que a dicha persona correspondan según las reglas generales del derecho internacional, o en virtud de convenciones internacionales especiales, el derecho de imposición corresponderá al Estado que envía.

(3) En la aplicación del presente Convenio, los miembros de una misión diplomática u oficina consular que un Estado Contratante mantenga en el otro, o en un tercer Estado, así como las personas que convivan con ellos, se considerarán como domiciliados en el Estado que envía si poseen la nacionalidad de éste, y allí están sometidos a la imposición sobre la renta y sobre el patrimonio lo mismo que las personas domiciliadas en dicho Estado.

(4) El presente Convenio no se aplicará a los miembros de misiones diplomáticas u oficinas consulares de un tercer Estado,

que vivan en uno de los Estados Contratantes, sin embargo, para fines de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio no son considerados como domiciliados en ninguno de los dos Estados Contratantes.

Artículo 28

Entrada en vigor

(1) El presente Convenio será ratificado y los instrumentos de ratificación serán intercambiados en La Paz lo antes posible.

(2) El presente Convenio entrará en vigor treinta días después de la fecha de intercambio de los instrumentos de ratificación y se aplicará:

- a) en la República Federal de Alemania, a los impuestos que se perciban por los periodos fiscales que empiecen el 1° de enero de 1991 o después de esa fecha;
- b) en la República de Bolivia, a los impuestos que se perciban por los periodos fiscales que empiecen el 1° de enero de 1991 o después de esa fecha;
- c) en ambos Estados Contratantes, a los impuestos percibidos por deducción que se paguen después del 31 de diciembre de 1990.

Artículo 29

Denuncia

El presente Convenio permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá, antes del 1° de julio de cualquier año civil que comienza una vez transcurridos cinco años desde la entrada en vigor del Convenio denunciarlo por escrito y vía diplomática. En tal caso, el Convenio dejará de tener efecto:

- a) en la República Federal de Alemania, respecto a los impuestos que se perciban por los periodos fiscales siguientes al de formulación de la denuncia;
- b) en la República de Bolivia, respecto a los impuestos que se perciban por los periodos fiscales siguientes al de formulación de la denuncia;
- c) en ambos Estados Contratantes, respecto a los impuestos percibidos por deducción que se paguen después del 31 de diciembre del año en que se formuló la denuncia.

Hecho en Königswinter/Petersberg el 30 de Septiembre de 1992 en dos originales en lengua alemana y española, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República Federal de Alemania

Kinkel
Zeitler

Por la República de Bolivia

Maclean

Protocolo

La República Federal de Alemania

y

la República de Bolivia

Con motivo de la firma del Convenio para evitar la doble imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, realizada en Königswinter/Petersberg el 30 de Septiembre de 1992 han acordado las siguientes disposiciones que forman parte del Convenio:

(1) Los Estados Contratantes declaran:

Este Convenio no se opone a los respectivos sistemas fiscales de los Estados Contratantes y en especial al sistema tributario boliviano fundado en la fuente y al sistema tributario alemán fundado en la residencia y la renta mundial.

(2) Respecto al artículo 7:

- a) A una obra de construcción, instalación o montaje sólo se le podrán imputar en el Estado Contratante en el que se encuentre el establecimiento permanente los beneficios que sean resultado de tales actividades. Los beneficios obtenidos como consecuencia de suministros de mercancías del establecimiento permanente principal o de otro establecimiento permanente de la empresa o de una tercera persona relacionados con dichas actividades o realizados con independencia de las mismas, no serán imputados a la obra de construcción, instalación o montaje;
- b) Los ingresos obtenidos como consecuencia de actividades de planificación, proyección, construcción o investigación y servicios técnicos realizados en un Estado Contratante por un residente del mismo y relacionados con un establecimiento permanente mantenido en el otro Estado Contratante, no se imputarán a este establecimiento.

(3) Respecto al artículo 7:

El impuesto exigido a las transferencias de beneficios de un establecimiento permanente boliviano de una empresa de la República Federal de Alemania no podrá exceder del 15 por 100.

(4) Respecto a los artículos 10 y 11:

No obstante las disposiciones de estos artículos los beneficios indicados en los mismos, que provengan de la República Federal de Alemania, serán gravados con los impuestos que disponga la legislación de ese Estado, cuando:

- a) se basen en derechos o acreencias con participación en las ganancias (inclusive los ingresos de un socio pasivo de su participación social o bien de préstamos con participación en las utilidades, o debentures o títulos valores semejantes, con participación en las utilidades, en la significación del derecho fiscal en la República Federal de Alemania), y
- b) sean deducibles en el cálculo de beneficios del deudor.

(5) Respecto al artículo 11:

Se parte del supuesto que las comisiones que una persona domiciliada en la República de Bolivia paga a un banco u otro instituto de crédito en relación con servicios prestados por el banco o el instituto de crédito, se considerarán como intereses y se ajustarán al párrafo 3 del artículo 11.

(6) Respecto a los artículos 10, 11 y 12 y ad numeral (3) del Protocolo:

Si las alícuotas según la respectiva ley nacional son inferiores a las alícuotas determinadas en el Convenio, se aplicarán las alícuotas inferiores de la legislación nacional.

(7) Respecto al artículo 23:

En caso de que una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania distribuye dividendos procedentes de rentas de fuentes en la República de Bolivia, el artículo 23 no excluye la imposición compensatoria del impuesto sobre sociedades de acuerdo al derecho fiscal de la República Federal de Alemania.

(8) Respecto al artículo 23:

No obstante las disposiciones del párrafo 1 letra (a) del artículo 23 del Convenio, letra (b) del citado artículo, a excepción de las disposiciones complementarias de la letra (c) se aplicará por analogía a los beneficios de un establecimiento permanente, a los bienes que constituyen el capital de explotación de un establecimiento permanente, a los dividendos pagados por una sociedad y a la participación en una sociedad o a los beneficios mencionados en los párrafos 1 y 2 del artículo 13 del Convenio, a no ser que la persona domiciliada en la República Federal de Alemania demuestre que los ingresos del establecimiento permanente o de la sociedad, proceden exclusiva o casi exclusivamente:

- a) de una de las siguientes actividades ejercidas en la República de Bolivia: Producción o venta de mercancías o productos, extracción de recursos naturales, actividades agropecuarias, asesoramiento técnico, prestación de servicios técnicos o negocios bancarios o de seguros; o
- b) de dividendos pagados por una o varias sociedades domiciliadas en la República de Bolivia cuyo capital pertenezca en más del 25 por 100 a la sociedad primeramente mencionada y que a su vez perciba sus rentas exclusiva o casi exclusivamente de una de las siguientes actividades ejercidas dentro de la República de Bolivia: Producción o venta de mercancías o productos, extracción de recursos naturales, actividades agropecuarias, asesoramiento técnico, prestación de servicios técnicos o negocios bancarios o de seguros.

EXCHANGE OF NOTES -- ÉCHANGE DE NOTES

I

**Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
el Embajador
de la República Federal de Alemania
RK 551.20**

Señor Ministro:

Tengo el honor de proponerle en nombre del Gobierno de la República Federal de Alemania y con referencia a la Nota Verbal No. 152/93 de fecha 30 de abril de 1993 y al Convenio entre la República de Bolivia y la República Federal de Alemania para evitar la doble imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, firmado el 30 de septiembre de 1992 en Bonn, un Acuerdo Adicional entre el Gobierno de la República de Bolivia y el Gobierno de la República Federal de Alemania en relación con el Artículo 26 de dicho Convenio, cuyo tenor literal sería el siguiente:

1. En la medida en que en virtud del Convenio firmado el 30 de septiembre de 1992 entre República de Bolivia y la República Federal de Alemania para evitar la doble imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, denominado en adelante „Convenio“, se procede a la transmisión de datos personales, serán de aplicación, como complemento a lo establecido en el Artículo 26 del Convenio, los preceptos que a continuación se detallan, de conformidad con las disposiciones legales vigentes para cada una de las Partes Contratantes:
 - a) La Parte Contratante transmisora está obligada a velar por la exactitud de los datos transmitidos. De comprobarse que fueron transmitidos datos inexactos o datos cuya transmisión no estaba permitida, dicho extremo habrá de comunicarse sin dilación al receptor. Este está obligado a rectificar o destruir los datos en cuestión.
 - b) Las Partes Contratantes están obligadas a hacer constar en acta la transmisión y la recepción de datos personales.
 - c) Las Partes Contratantes están obligadas a proteger cumplidamente los datos personales transmitidos frente a cualquier tipo de acceso, modificación y comunicación no autorizados.
 - d) Previa petición, el interesado debe ser informado de los datos que consten en relación con su persona y de la finalidad con que se hicieron constar. No existe obligación de informar en el supuesto de que, debidamente ponderado el caso, el interés público de no facilitar la información en cuestión prime sobre el interés de la persona afectada en recibirla.
 - e) El derecho del interesado a recibir información sobre los datos que consten en relación con su persona se rige por la legislación interna de la Parte Contratante en cuyo territorio se solicite la información.
2. El presente Acuerdo Adicional tendrá la misma vigencia que el Convenio.

En caso de que el Gobierno de la República de Bolivia se declare conforme con las propuestas del Gobierno de la República Federal de Alemania, la presente Nota y la Nota de respuesta de Su Excelencia en la que conste la conformidad del Gobierno de la República de Bolivia constituirán un Acuerdo Adicional entre el Gobierno de la República Federal de Alemania y el Gobierno de la República de Bolivia con respecto al Artículo 26 del Convenio, entrando dicho Acuerdo en vigor al mismo tiempo que este último.

Aprovecho la oportunidad para reiterar a Ud., Señor Ministro, las seguridades de mi más a y distinguida consideración.

Dr. Ekkehard Hallensleben

La Paz, 30 de julio de 1993

Excmo. Señor
Ministro de Relaciones
Exteriores y Culto
Roberto Peña
Presente

II

República de Bolivia
Ministerio de Relaciones
Exteriores y Culto

Excelentísimo señor Embajador:

Tengo a bien avisar recibo de su nota N° RK 551/20 de fecha 30 de julio del año en curso, con relación al Convenio para evitar la doble imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, cuyo texto es el siguiente:

[See note I -- Voir note II]

Al respecto, tengo el honor de confirmar que la propuesta planteada en la Nota citada es aceptable para el Gobierno de la República de Bolivia, y por lo tanto, la Nota de Vuestra Excelencia y ésta de respuesta constituyen un Acuerdo entre ambos Gobiernos, el mismo que entrará en vigencia en la fecha.

Con este motivo, hago propicia la oportunidad para reiterarle, Excelentísimo Señor Embajador, las seguridades de mi más alta consideración.

La Paz, 12 Ago. 1993

Excmo. Señor
Dr. Ekkehard Hallensleben
Embajador extraordinario y
plenipotenciario de la República
federal de Alemania
Presente

[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
THE REPUBLIC OF BOLIVIA FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE
TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

The Federal Republic of Germany
and

The Republic of Bolivia,

Desiring to promote their mutual economic relations through the removal of obstacles of a fiscal nature, have concluded the following Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital:

Article 1. Personal Scope

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2. Taxes covered by the Convention

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital, as the case may be, imposed on behalf of a Contracting State, or one of its Länder, or political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which this Convention shall apply are in particular:

(a) In the Federal Republic of Germany:

The income tax (Einkommensteuer);

The corporation tax (Körperschaftsteuer);

The capital tax (Vermögensteuer); and

The business tax (Gewerbsteuer);

hereinafter referred to as the "German tax".

(b) In the Republic of Bolivia:

The VAT complementary system (el Régimen Complementario al Impuesto al Valor Agregado);

The tax on the presumed income of enterprises (el Impuesto a la Renta Presunta de Empresas);

The tax on the presumed income of property owners (el Impuesto a la Renta Presunta de Propietarios de Bienes); and

The transaction tax (el Impuesto a las transacciones);
hereinafter referred to as the "Bolivian tax".

(4) This Convention shall also apply to any identical or similar taxes which are imposed after the date of its signature, in addition to, or in place of, the existing taxes. At the end of each year, the competent authorities of the Contracting States shall notify each other, where necessary, of any changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3. General definitions

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

(a) The terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Federal Republic of Germany or the Republic of Bolivia, depending on the context, and, when used in a geographical sense, the area in which the taxation laws of each State apply;

(b) The term "person" includes individuals and companies;

(c) The term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

(d) The terms "resident of a Contracting State" and "resident of the other Contracting State" mean a resident of the Federal Republic of Germany or a resident of the Republic of Bolivia, depending on the context;

(e) The terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State, depending on the context;

(f) The term "national" means

(aa) In respect of the Federal Republic of Germany, all Germans within the meaning of article 116, paragraph (1), of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and all bodies corporate, partnerships and other associations of persons established in accordance with the law in force in the Federal Republic of Germany;

(bb) In respect of the Republic of Bolivia, all Bolivian nationals and all bodies corporate, partnerships and other associations of persons established in accordance with the Constitution and the law in force in the Republic of Bolivia;

(g) The term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between two points in the other Contracting Party;

(h) The term "competent authority" means, in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance and, in the case of the Republic of Bolivia, the Ministry of Finance.

(2) As regards the application of this Convention by a Contracting State, any term not otherwise defined shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that Contracting State concerning the taxes to which this Convention applies.

Article 4. Resident

(1) For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person whose domicile, permanent residence, habitual abode, place of business management or head office is situated in that State.

(2) Where, by reason of the provisions of paragraph 1, an individual is a resident of both Contracting States, the following shall apply:

(a) He shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his relations are closer (centre of vital interests);

(b) If the Contracting State with which his relations are closer cannot be determined, or if he does not have a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has an habitual abode;

(c) If he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, the competent authorities of the two Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1, a person other than an individual is a resident of both Contracting States, it shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated.

Article 5. Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business that is used for the carrying on of a business activity for profit-making purposes.

(2) The term "permanent establishment" includes, inter alia:

(a) An office or place of business management or administration;

(b) Branches or agencies;

(c) A factory, plant or industrial or assembly workshop or agricultural establishment;

(d) Mines, quarries or other places of extraction of natural resources;

(e) A building site or construction or assembly project which continues for more than six months.

(3) A person acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State shall be deemed to be a permanent establishment in the first-mentioned State if he has, and habitually exercises in that State, an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise.

(4) The term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

(a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

(b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display, delivery, or processing by another enterprise;

(c) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information for the enterprise;

(d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.

(5) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(6) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6. Immovable Property

(1) Income of any kind derived from immovable property shall be taxable only in the Contracting State in which such property is situated.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. That term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall also apply to income derived from the direct use, letting, sharecropping, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7. Business profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State, but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be

expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions duly documented expenses which are incurred for the purposes of the business of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State where the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude the taxable profits from being determined in such manner by that Contracting State; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this article.

(5) No profit shall be attributed to a permanent establishment on the sole ground that it purchases goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purpose of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other articles of this Convention, the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. Ships and aircraft

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) The provisions of paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis* to participation of an enterprise engaged in international shipping or air transport in a pool, a joint business or other international operating agency.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

Article 9. Associated Enterprises

Where:

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and, in either case, conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, any profits which would, but for those conditions have accrued to one of the enterprises but, by reason of those conditions have not so accrued, shall be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10. Dividends

(1) Dividends

(a) Paid by a company which is a resident of the Federal Republic of Germany to a resident of the Republic of Bolivia may be taxed in the Federal Republic of Germany, and according to the laws of that State; the tax may not, however, exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is the beneficial owner of the dividends;

(b) Paid by a company which is a resident of the Republic of Bolivia to a resident of the Federal Republic of Germany may be taxed in the Republic of Bolivia, and according to the laws of that State; the tax may not, however, exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is the beneficial owner of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(2) The term "dividends" as used in this article means:

(a) Income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares, or other rights, not being debt claims, participating in profits, and

(b) Other income subjected to the same taxation treatment as income from shares under the laws of the State of which the company making the distribution is a resident and, in the case of the Federal Republic of Germany, income of a sleeping partner ("stiller Gesellschafter"), from his investment as a sleeping partner and from distributions made in respect of shares in a mutual fund.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein or performs independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such cases, the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on undistributed profits, even if the div-

dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11. Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the interest.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, the following shall apply:

(a) Interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Government of Bolivia shall be exempt from German tax;

(b) Interest arising in the Republic of Bolivia and paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Finanzierungs gesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern shall be exempt from Bolivian tax.

(3) The term "interest" as used in this article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and, in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this article.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State carries on business in the other Contracting State, in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein or performs independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such cases, article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its Länder or a political subdivision, a local authority, or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner of the interest, or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the creditor in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments may be taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12. Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the royalties.

(2) The term "royalties" as used in this article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematographic films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein or performs independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such cases, the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its Länder or a political subdivision or local authority, or resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and the royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(5) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner of the royalties or between both of them and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the work for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments may be taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13. Capital gains

(1) Gains from the alienation of immovable property, as defined in article 6, paragraph 2, may be taxed in the Contracting State in which the said property is situated.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in that other State.

However, gains from the alienation of movable property of the kind referred to in article 22, paragraph 3, may be taxed only in the Contracting State in which such movable property is taxable in accordance with that article.

(3) Gains from the alienation of shares in a company which is a resident of a Contracting State may be taxed in that State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14. Independent personal services

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other independent activities of a similar character shall be taxable only in that State, unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing such activities. In that case, only so much of the income as is attributable to that fixed base may be taxed in the other State.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities, as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and financial advisers.

Article 15. Dependent personal services

(1) Subject to the provisions of articles 16, 18 and 19, salaries, wages and similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of dependent services performed in the other Contracting State shall be taxable only in the latter State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned, and

(b) The remuneration is paid by, or on behalf of, a person who is not a resident of the other State, and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16. Members of Boards of Directors

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the Board of Directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17. Entertainers and athletes

(1) Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by entertainers, such as theatre, motion-picture, radio or television actors, and musicians, and by athletes, from their personal activities as such or in a group, or income derived from the exercise of such activities by professional entertainers in an enterprise, may be taxed in the Contracting State in which such activities are exercised.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply where the visit of the professional entertainers or athletes to a Contracting State is supported wholly or substantially by public institutions of the other Contracting State, only one of its Länder, political subdivisions or local authorities.

Article 18. Government Funds

(1) Without prejudice to the provisions of article 19, remuneration paid by a Contracting State, or by one of its Länder, political subdivisions or local authorities, directly or through a special fund created by that Contracting State, one of its Länder, political subdivisions or local authorities, to an individual in respect of dependent services shall be taxable only in that State. If the dependent services are exercised in the other Contracting State by a national of that other State who is not a national of the first-mentioned State, the remuneration shall be taxable only in the last-mentioned State.

(2) Paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis* to remuneration paid to an expert or volunteer sent to the other Contracting State with the consent of that State within the framework of a development assistance programme of a Contracting State, one of its Länder, political subdivisions or local authorities, from resources made available solely by that Contracting State, or one of its Länder, political subdivisions or local authorities.

(3) Articles 15, 16 and 17 shall apply to remuneration in respect of dependent services exercised in connection with a business activity carried on for profit-making purposes by a Contracting State, or one of its Länder, political subdivisions or local authorities.

Article 19 Pensions

Pensions and similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 20. Teachers, students and other trainees

(1) Remuneration which a professor or other teacher who is, or during the period immediately preceding was, a resident of a Contracting State and who visits the other Contracting State for a period not exceeding two years for the purpose of engaging in advanced studies or research activities or for the purpose of teaching at a university, college, school or other educational establishment receives for such work shall not be taxed in the other Contracting State, provided that such remuneration did not arise in the last-mentioned State.

(2) If an individual was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and is temporarily present in that other State solely as a student at a university, college, school or other similar educational establishment of the said other State, or as an apprentice (including, in the Federal Republic of Germany, *Volontäre* (volunteers) and *Praktikanten* (practitioners)), he shall, as from the date of his first arrival in the said other State in connection with the visit in question, be exempt from the taxation of that other State:

(a) In respect of remittances received from abroad for his maintenance, education or training, and

(b) For a period not exceeding a total of three years, in respect of all remuneration up to 7,200 DM, or its equivalent in Bolivian currency, per calendar year received for employment exercised in the other Contracting State in order to supplement the resources for his maintenance, education or training.

(3) If an individual was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State, and is temporarily present in that other State solely for the purpose of study, research or training, or under a technical assistance programme carried out by the Government of a Contracting State, as the recipient of a grant, allowance or award from a scientific, educational, religious or charitable organization shall, as from the date of his first arrival in the said other State in connection with the visit in question, be exempt from the taxation of that other State:

(a) In respect of such grant, allowance or award;

(b) In respect of all remittances received from abroad for his maintenance, education or training.

Article 21. Income not expressly mentioned

Any income of a resident of a Contracting State which is not expressly mentioned in the foregoing articles shall be taxable only in that State.

Article 22. Capital

(1) Capital represented by immovable property as defined in article 6, paragraph 2, may be taxed in the Contracting State in which the said property is situated.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment of an enterprise or pertaining to a fixed base used for the performance of independent personal services may be taxed in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(3) Ships and aircraft operated in international traffic and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23. Methods for the elimination of double taxation

(1) (a) In the case of a resident of the Federal Republic of Germany, the following income, which is taxable in the Republic of Bolivia in accordance with the provisions of this Convention, shall be excluded from the basis for the assessment of the German tax:

(aa) Income derived from immovable property within the meaning of article 6 and gains from the alienation of such property;

(bb) Profits of enterprises within the meaning of article 7 and gains covered by article 13, paragraph 2;

(cc) Dividends within the meaning of article 10 paid to a company which is a resident of the Federal Republic of Germany by a company which is a resident of the Republic of Bolivia and at least 10 per cent of whose capital is held directly by the German company;

(dd) Remuneration within the meaning of articles 14, 15 and 18, paragraphs 1 and 2.

The Federal Republic of Germany shall, however, retain the right to take the exempted income into account in determining the tax.

The foregoing provisions shall apply *mutatis mutandis* to property of all kinds situated in the Republic of Bolivia if the income from the said property should be or should have been excluded from the basis for the assessment of the German tax.

(b) Except where the preceding paragraph is applicable, the tax levied by the Bolivian tax authorities under Bolivian law and in accordance with this Convention shall be deducted from the income tax and corporation tax to be levied in the Federal Republic of Germany on income arising in the Republic of Bolivia. In addition, the capital tax levied by the Bolivian tax authorities under Bolivian law and in accordance with this Convention shall be deducted from the capital tax to be levied in the Federal Republic of Germany on property of all kinds situated in the Republic of Bolivia. The amount so deducted may not, however, exceed the portion of the German tax determined before such deduction which is levied on the said income or property.

(c) For the purposes of computing the deduction referred to in the preceding paragraph, the Bolivian tax shall be deemed to amount to:

(aa) In the case of interest within the meaning of article 11, paragraph 3, 20 per cent of the interest;

(bb) In the case of royalties within the meaning of article 12, paragraph 2, 20 per cent of the royalties.

(2) In the case of a resident of the Republic of Bolivia, any type of income arising in the Federal Republic of Germany and any capital situated in the Federal Republic of Germany which may be taxed in the Federal Republic of Germany in accordance with this Convention shall be excluded from the basis on which the Bolivian tax is levied. The Republic of Bolivia nevertheless retains the right to include the items of income and capital so excluded in determining the applicable rate.

Article 24. Non-discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities or any other personal circumstances which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of article 9, article 11, paragraph 6, and article 12, paragraph 5, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State whose capital is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of article 2 notwithstanding, the provisions of this article shall apply to taxes of every kind and description.

Article 25. Mutual agreement procedure

(1) Where a resident of a Contracting State considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident.

(2) If the said competent authority considers the objection justified and is not itself able to arrive at a satisfactory solution, it shall resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Convention.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Convention. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not

provided for in the Convention. They shall also develop, by mutual agreement, the method of implementation of the limit provisions of this Convention regarding taxation at source.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of implementing this Convention.

Article 26. Exchange of information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the application of this Convention. Any information so exchanged shall be treated as secret and may be disclosed only to persons, authorities or courts involved in the assessment or collection of the taxes which are the subject of this Convention, or in the consideration of administrative and judicial appeals or the prosecution of offences in respect of the said taxes. This does not apply to the disclosure of such information in open sessions of the competent courts.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

(a) To carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

(b) To supply information which is not obtainable under the laws or the normal administrative practice of that or of the other Contracting State;

(c) To supply information which would disclose any trade, industrial, business or professional secret or trade or industrial process or information whose disclosure would be contrary to public policy.

Article 27. Diplomatic agents and consular officers

(1) Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of diplomatic agents or consular officers under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) Insofar as, by reason of such privileges granted to a person under the general rules of international law or under special international agreements, the income or capital of that person is not taxed in the receiving State, the right to tax shall belong to the sending State.

(3) For the purposes of this Convention, members of a diplomatic mission or consular office which a Contracting State maintains in the other Contracting State or in a third State and the persons who live with them shall be deemed to be residents of the sending State if they are nationals of that State and are subject therein to taxation on income and capital on the same basis as residents of that State.

(4) This Convention shall not apply to members of diplomatic missions or consular offices of a third State who live in one of the Contracting States; for the purposes of taxes on income and capital, however, they are not considered residents of either Contracting State.

Article 28. Entry into force

(1) This Convention is subject to ratification and the instruments of ratification shall be exchanged in La Paz as soon as possible.

(2) This Convention shall enter into force 30 days after the date of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect:

(a) In the Federal Republic of Germany, in respect of taxes levied for taxation periods beginning on 1 January 1991 or thereafter;

(b) In the Republic of Bolivia, in respect of taxes levied for taxation periods beginning on 1 January 1991 or thereafter;

(c) In both Contracting States, in respect of taxes withheld at source which are paid after 31 December 1990.

Article 29. Denunciation

This Agreement shall remain in effect indefinitely, but either Contracting Party may, before 1 July of any calendar year that begins five years after the entry into force of this Convention, denounce it in writing and through the diplomatic channel. In such case, this Convention shall cease to have effect:

(a) In the Federal Republic of Germany in respect of taxes levied for taxation periods following the taxation period during which the denunciation takes place;

(b) In the Republic of Bolivia in respect of taxes levied for taxation periods following the taxation period during which the denunciation takes place;

(c) In both Contracting States, in respect of taxes withheld at source which are paid after 31 December of the year during which the denunciation takes place.

Done at Petersberg (Königswinter) on 30 September 1992, in duplicate in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

KINKEL ZEITLER

For the Republic of Bolivia:

MACLEAN

PROTOCOL

The Federal Republic of Germany

and

The Republic of Bolivia,

At the signing of the Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital, executed in Petersberg (Königswinter) on 30 September 1992, have agreed on the following provisions, which form part of the Convention:

(1) The Contracting States declare that:

this Convention shall not prejudice the respective taxation systems of the Contracting States, in particular the Bolivian taxation system based on source and the German taxation system based on residence and worldwide income.

(2) Ad article 7:

(a) In the Contracting State in which the permanent establishment is situated, no profits shall be attributed to a construction, installation or assembly project except those which arise from such activities themselves. Profits arising as a result of the supply of goods, whether related to such activities or realized independently of them, by the main permanent establishment or by another permanent establishment of the enterprise, or by a third person, shall not be attributed to the construction, installation or assembly project;

(b) Income arising as a result of planning, design, construction or research work or technical services carried out in a Contracting State by a resident of that State in connection with a permanent establishment maintained in the other Contracting State shall not be attributed to that establishment.

(3) Ad article 7

Taxes levied on profits transferred from a Bolivian permanent establishment belonging to an enterprise of the Federal Republic of Germany shall not exceed 15 per cent.

(4) Ad articles 10 and 11

Notwithstanding the provisions of these articles, the profits referred to therein that arise in the Federal Republic of Germany, shall be taxed as provided under the laws of that State, if they are:

(a) Based on rights or debt-claims participating in profits, including the income a sleeping partner derives from his investment, or from loans participating in profits, or bonds or other similar holdings participating in profits, within the meaning of the taxation laws of the Federal Republic of Germany, and

(b) Deductible in the computation of the payer's profits.

(5) Ad article 11:

It is understood that the commission paid by a resident of the Republic of Bolivia to a bank or other credit institution in relation to services provided by the bank or credit institution shall be regarded as interest in accordance with article 11, paragraph 3.

(6) Ad articles 10, 11 and 12 and paragraph 3 of this Protocol

If the rates under the respective national law are lower than the rates determined in the Convention, the lower rates under national law shall be applied.

(7) Ad article 23

Where a company which is a resident of the Federal Republic of Germany distributes dividends arising from income derived from sources in the Republic of Bolivia, article 23 shall not preclude the levying of a compensatory tax in accordance with the taxation law of the Federal Republic of Germany.

(8) Ad article 23

Notwithstanding the provisions of article 23, paragraph 1 (a), of the Convention, subparagraph (b) of that article, with the exception of the additional provisions of subparagraph (c), shall apply *inutatis mutandis* to the profits of a permanent establishment and to property constituting the working capital of a permanent establishment; to dividends paid by a company and to the holding of shares in a company; or to the profits referred to in article 13, paragraphs 1 and 2, of the Convention, provided that the resident of the Federal Republic of Germany demonstrates that the income of the permanent establishment or of the company originates exclusively or almost exclusively:

(a) In one of the following activities carried out in the Republic of Bolivia: the production or sale of goods or merchandise, the extraction of natural resources, agricultural activities, technical counselling or the rendering of technical services, or banking or insurance operations; or

(b) In dividends paid by one or more companies resident in the Republic of Bolivia, where more than 25 per cent of the capital is owned by the first-mentioned company, which also derives its income exclusively or almost exclusively from one of the following activities carried out in the Republic of Bolivia: the production or sale of merchandise or goods, the extraction of natural resources, agricultural activities, technical counselling, the rendering of technical services, or banking or insurance operations.

EXCHANGE OF NOTES

I

THE AMBASSADOR OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

RK 551.20

Sir:

I have the honour to propose to you, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, and with reference to Note Verbal No. 152/93, dated 30 April 1993, and to the Convention between the Federal Republic of Germany and the Republic of Bolivia for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital, signed on 30 September 1992 in Bonn, an Additional Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Bolivia, regarding article 26 of the said Convention, which would read as follows:

1. Where, under the Convention between the Federal Republic of Germany and the Republic of Bolivia for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital, signed on 30 September 1992 and hereinafter referred to as the Convention, personal information is transmitted under the terms of article 26 thereof, the rules set out below shall be applicable in accordance with the legal provisions in force in each of the Contracting Parties:

(a) The sending Contracting Party shall be responsible for the accuracy of the information transmitted. If it emerges that inaccurate information or information which should not have been supplied has been transmitted, the recipient must be notified of this without delay. The recipient shall be obliged to correct or destroy the information in question.

(b) The Contracting Parties shall be obliged to keep official records of the transmission and receipt of personal information.

(c) The Contracting Parties shall be obliged to take effective measures to protect the personal information transmitted against any type of unauthorized access, unauthorized alteration or unauthorized disclosure.

(d) Upon application, the person shall be informed of the information about him that has been stored and of the use to be made of it. There shall be no obligation to provide such information if, on due consideration of the case, it appears that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it.

(e) The right of the person concerned to be informed of the information about him that has been stored shall be governed by the domestic law of the Contracting Party in whose territory the application for the information has been made.

2. The Additional Agreement shall have the same duration as the Convention.

If the Government of the Republic of Bolivia accepts the proposals of the Government of the Federal Republic of Germany, this Note and your reply expressing the agreement of the Government of the Republic of Bolivia shall constitute an Additional Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Re-

public of Bolivia with respect to article 26 of the Convention, the Agreement entering into force at the same time as the Convention.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

DR. EKKEHARD HALLENSLEBEN

La Paz, 30 July 1993

His Excellency
Mr. Roberto Peña
Minister for Foreign Affairs and Worship

II

REPUBLIC OF BOLIVIA MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS AND WORSHIP

Sir:

I have the honour to acknowledge receipt of your Note No. RK 551/20, dated 30 July 1993, regarding the Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital, which reads as follows:

[See note I]

In that regard, I have the honour to confirm that the proposal contained in the aforementioned Note is acceptable to the Government of the Republic of Bolivia, and that your Note and this reply accordingly constitute an Agreement between the two Governments, which shall enter into force on today's date.

Accept, Sir, etc. ...

La Paz, 12 August 1993

His Excellency
Dr. Ekkehard Hallensleben
Ambassador Extraordinary and
Plenipotentiary of the Federal Republic of Germany

[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET
LA RÉPUBLIQUE DE BOLIVIE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE
IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA
FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne

et

La République de Bolivie,

Désireuses de promouvoir leurs relations économiques grâce à l'élimination des obstacles de caractère fiscal, ont conclu la présente Convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune.

Article premier. Personnes visées

La présente Convention s'applique aux personnes qui sont des résidents de l'État contractant ou des deux.

Article 2. Impôts visés

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune, selon le cas, perçus par l'un ou l'autre des États contractants, leurs États fédérés, leurs subdivisions politiques et leurs autorités locales, quelles que soient leurs modalités de recouvrement.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune l'impôt perçu sur le revenu total ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris l'impôt sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers et l'impôt sur les plus-values en capital.

3. La présente Convention ne s'applique qu'aux impôts suivants:

a) Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne:

l'Einkommensteuer (impôt sur le revenu);

le Körperschaftsteuer (impôt sur les sociétés);

le Vermögensteuer (impôt sur la fortune); et

le Gewerbesteuer (impôt sur les exploitations industrielles et commerciales),
(ci-après dénommés "impôt allemand");

b) Dans le cas de la République de Bolivie:

le système complémentaire sur la valeur ajoutée (TVA) (Régimen Complementario al Impuesto al Valor Agregado (RC-IVA));

l'impôt sur le revenu présumé des sociétés (Impuesto a la Renta Presunta de Empresas (IRPE));

l'impôt sur le revenu présumé des propriétaires de biens (Impuesto a la Renta Presunta de Propietarios de Bienes (IRPPB)); et

l'impôt sur les transactions (Impuesto a las Transacciones (IT)),
(ci-après dénommés "impôt bolivien").

4. La présente Convention s'applique également à tout impôt de nature identique ou analogue qui serait ajouté aux impôts actuels après la date de signature de ladite Convention ou qui les remplacerait. À la fin de chaque année, les autorités compétentes des États contractants se communiquent, si besoin est, toutes les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3. Définitions générales

1. Aux fins de la présente Convention et à moins que le contexte n'impose une interprétation différente:

a) les expressions "État contractant" et "autre État contractant" désignent la République fédérale d'Allemagne ou la République de Bolivie, selon le contexte, et, lorsqu'elles sont employées au sens géographique, désignent le domaine d'application des lois locales de l'État considéré;

b) l'expression "personne" désigne les personnes physiques et les sociétés;

c) l'expression "société" désigne toute personne morale ou toute entité qui est considérée fiscalement comme une personne morale;

d) les expressions "résident d'un État contractant" et "résident de l'autre État contractant" désignent, selon le contexte, une personne qui réside en République fédérale d'Allemagne ou une personne qui réside en République de Bolivie;

e) les expressions "entreprise d'un État contractant" et "entreprise de l'autre État contractant" désignent toute entreprise exploitée par un résident d'un État contractant et toute entreprise exploitée par un résident de l'autre État contractant, selon le contexte;

f) l'expression "ressortissant" désigne:

aa) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne ainsi que toute personne morale, société de personnes ou autre association établie conformément à la législation en vigueur en République fédérale d'Allemagne;

bb) en ce qui concerne la République de Bolivie, tous les ressortissants boliviens et toute personne morale, société de personnes et autre association établie conformément à la constitution et à la législation en vigueur en République de Bolivie;

g) l'expression "trafic international" s'entend de tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise ayant sa direction effective sur le territoire de l'un des États contractants, sauf lorsque le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre État contractant;

h) l'expression "autorité compétente" désigne, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances, et, dans le cas de la République de Bolivie, le Ministère des finances.

2. Aux fins de l'application de la présente Convention par un État contractant, une expression qui n'y est pas définie aura, à moins que le contexte n'impose une interprétation différente, le sens que lui attribue la législation de cet État au regard des impôts auxquels s'applique la Convention.

Article 4. Résident

1. Aux fins de la présente Convention, l'expression "résident de l'un des États contractants" s'entend de toute personne qui, en vertu de la législation de cet État, a son domicile, sa résidence, sa résidence habituelle, son lieu de direction ou son siège dans ledit État.

2. Si, par application des dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne physique se trouve être un résident des deux États contractants, sa situation est réglée de la manière suivante:

a) l'intéressé est réputé être un résident de l'État où il dispose d'un foyer d'habitation permanent; s'il dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux États contractants, il est réputé être un résident de l'État avec lequel il a des liens personnels et économiques les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) si l'on ne peut déterminer dans quel État se trouve le centre de ses intérêts vitaux ou s'il ne dispose de foyer d'habitation permanent dans aucun des deux États, l'intéressé est réputé être résident de l'État où il séjourne habituellement;

c) s'il séjourne habituellement dans les deux États ou s'il ne séjourne habituellement dans aucun des deux, la situation est réglée d'un commun accord par les autorités des deux États contractants.

3. Si, par application des dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux États contractants, elle est réputée être résident de l'État où le siège de sa direction effective est situé.

Article 5. Établissement stable

1. Aux fins de la présente Convention, l'expression "établissement stable" s'entend d'une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce son activité et qui a pour objectif la génération d'un revenu.

2. L'expression "établissement stable" comprend en particulier:

a) un bureau ou un lieu d'administration ou de direction d'affaires;

b) une succursale ou une agence;

c) une fabrique, une usine ou un atelier industriel ou de montage ou un établissement agricole;

d) une mine, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles;

e) un chantier de construction ou d'installation d'une durée de plus de six mois.

3. Toute personne agissant dans un État contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre État contractant est réputée constituer un établissement permanent dans le premier

État s'il exerce habituellement le pouvoir de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que son activité se borne à l'achat de biens ou de marchandises pour celle-ci.

4. L'expression "établissement stable" ne couvre pas:

a) l'usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de produits ou de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) le maintien d'un dépôt de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise dans le seul but de les stocker, de les exposer, de les livrer ou de les faire transformer par une autre entreprise;

c) le maintien d'une installation fixe d'affaires aux seules fins d'acheter des produits ou des marchandises ou de recueillir des renseignements pour l'entreprise;

d) le maintien d'une installation fixe d'affaires aux seules fins de faire de la publicité, de diffuser des informations, de mener des recherches scientifiques ou de réaliser d'autres activités semblables ayant un caractère préparatoire ou auxiliaire, aussi longtemps que lesdites activités sont réalisées pour l'entreprise elle-même.

5. Une entreprise d'un État contractant n'est pas réputée avoir un établissement stable dans l'autre État contractant du seul fait qu'elle y exerce une activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou d'un autre agent jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leurs activités.

6. Le fait qu'une société qui est un résident de l'un des États contractants contrôle une société ou est contrôlée par une société qui est un résident de l'autre État contractant ou y qui exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou autrement) ne suffit pas à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. Revenus immobiliers

1. Les revenus de toute nature provenant de biens immobiliers sont imposables dans l'État contractant où ils sont sis.

2. L'expression "biens immobiliers" a le sens que lui attribue le droit de l'État contractant où les biens en question sont sis. Elle couvre en tout état de cause les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les droits régis par les dispositions du droit commun de la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits donnant lieu au paiement de rémunérations variables ou fixes sans contrepartie de l'exploitation ou du droit d'exploitation de gisements minéraux, de sources ou d'autres ressources naturelles. Les navires, embarcations et aéronefs ne sont pas réputés constituer des biens immobiliers.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de l'allocation, du métayage ou d'une autre forme quelconque d'exploitation des biens immobiliers.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 du présent article s'appliquent aussi aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise et aux revenus provenant des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7. Bénéfices d'une entreprise

1. Les bénéfices d'une entreprise de l'un des États contractants ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'entreprise n'exerce des activités dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Dans ce cas, les bénéfices ne peuvent être imposés dans l'autre État que dans la mesure où ils sont imposables audit établissement stable.

2. Lorsqu'une entreprise de l'un des États contractants exerce des activités dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé à cet établissement stable, dans chaque État contractant, les bénéfices qu'il aurait réalisés s'il avait été une entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement, y compris une imputation des dépenses de direction et des frais généraux d'administration encourus aux fins de l'ensemble de l'entreprise, que ce soit dans l'État où est situé l'établissement stable ou ailleurs.

4. S'il est d'usage, dans un État contractant, de déterminer les bénéfices imposables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses différentes parties, aucune disposition du paragraphe 2 du présent article n'empêche les États contractants de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage. La méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que les résultats obtenus soient conformes aux principes énoncés dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du simple fait qu'il achète des produits ou des marchandises pour le compte de l'entreprise.

6. Aux fins des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu ou de plus-value qui sont traités séparément dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions de ces articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

Article 8. Navigation maritime et aérienne

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

2. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent mutatis mutandis à la participation d'une entreprise exploitant des navires ou aéronefs en trafic international dans le cadre d'un pool, d'une exploitation en commun ou d'un organisme international d'exploitation.

3. Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation est à bord d'un navire, ce siège est considéré comme situé dans l'État contractant où se trouve le port d'attache

de ce navire ou, à défaut de port d'attache, dans l'État contractant dont l'exploitant du navire est un résident.

Article 9. Entreprises associées

Lorsque:

a) Une entreprise de l'un des États contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des États contractants et d'une entreprise de l'autre État contractant,

et que, dans l'un ou l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été imputés à l'une de ces entreprises peuvent être inclus par l'un des États contractants dans les bénéfices ou les pertes de l'entreprise considérée et imposés en conséquence.

Article 10. Dividendes

1. Les dividendes

a) versés par une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne à un résident de la République de Bolivie sont imposables en République fédérale d'Allemagne et selon la législation de celle-ci, mais si la personne qui perçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 pour cent du montant brut des dividendes;

b) versés par une société qui est un résident de la République de Bolivie à un résident de la République fédérale d'Allemagne sont imposables en République de Bolivie et selon la législation de celle-ci, mais si la personne qui perçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 pour cent du montant brut des dividendes.

Le présent paragraphe n'affecte pas l'imposition de la société au titre des bénéfices auxquels sont imputés les dividendes.

2. Au sens du présent article, le terme "dividendes" désigne:

a) les revenus provenant d'actions ou autres parts bénéficiaires, parts de mine, parts de fondateur ou autres droits, à l'exception des créances, ouvrant droit à une participation aux bénéfices; et

b) les autres revenus soumis au même régime fiscal que les revenus provenant d'actions conformément à la législation de l'État dont la société qui les distribue est un résident et, aux fins de l'imposition en République fédérale d'Allemagne, les revenus tirés par les comanditaires ("stiller Gesellschafter") de leur participation en tant que tels et les distributions de bénéfices au titre de certificats de participation à des sociétés d'investissement.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident de l'un des États contractants, exerce dans l'autre État contractant dont la société distributrice des dividendes est un résident une activité in-

dustrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou exerce dans ledit État une profession indépendante à partir d'une base qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

4. Lorsqu'une société qui est un résident de l'un des États contractants tire des bénéfices ou des revenus de l'autre État contractant, cet autre État ne peut prélever aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre État ou dans la mesure où la participation génératrice de dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre État; l'autre État ne peut pas non plus prélever un impôt sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

Article 11. Intérêts

1. Les intérêts provenant de l'un des États contractants et versés à un résident de l'autre État contractant peuvent être imposés dans l'État contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet État, mais si la personne qui perçoit les intérêts en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 pour cent du montant brut des intérêts.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1:

a) les intérêts provenant de la République fédérale d'Allemagne et versés au Gouvernement de la Bolivie sont exempts de l'impôt allemand;

b) les intérêts provenant de la République de Bolivie et payés au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, à la Deutsche Bundesbank, au Kreditanstalt für Wiederaufbau ou à la Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern sont exempts de l'impôt bolivien.

3. Au sens du présent article, le terme "intérêts" désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus des titres publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots qui les accompagnent. Il ne comprend pas les pénalités pour arriérés de paiements.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident de l'un des États contractants, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou exerce dans ledit État une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

5. Les intérêts sont réputés provenir d'un État contractant lorsque le débiteur est cet état lui-même, un de ses États fédérés, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non un résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui suppor-

tent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont réputés provenir de l'État où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

6. Lorsque, en raison des relations particulières qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou des relations que l'un et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant des intérêts versés excède, pour une raison quelconque, celui dont le débiteur et le bénéficiaire effectif seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque État contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 12. Redevances

1. Les redevances provenant de l'un des États contractants et versées à un résident de l'autre État contractant peuvent être imposées dans l'État contractant d'où elles proviennent et selon la législation de cet État; mais si la personne qui les perçoit en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 pour cent du montant brut des redevances.

2. Au sens du présent article, le terme "redevances" désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une oeuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, ou les films ou bandes utilisés pour les émissions radiophoniques ou télévisées, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident de l'un des États contractants, exerce dans l'autre État contractant une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou exerce dans cet État une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des redevances se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 de la présente Convention, selon le cas, sont applicables.

4. Les redevances sont réputées provenir d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État lui-même, un de ses États fédérés ou une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non un résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lesquels l'obligation donnant lieu au paiement des redevances a été contractée et qui supportent la charge de ces redevances, celles-ci sont réputées provenir de l'État où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

5. Lorsque, en raison des relations particulières existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou des relations que l'un et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant des redevances payées excède, pour une raison quelconque, celui dont le débiteur et le bénéficiaire effectif seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie ex-

cédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque État contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 13. Plus-values

1. Les gains qu'un résident de l'un des États contractants tire de l'aliénation des biens immobiliers visés au paragraphe 2 de l'article 6 de la présente Convention et sis dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers inclus dans l'actif d'un établissement stable qu'un résident de l'un des États contractants possède dans l'autre État contractant, ou de l'aliénation de biens mobiliers attachés à une base fixe dont un résident de l'un des États contractants dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris les gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (pris isolément ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre État. Néanmoins, les gains tirés de l'aliénation des biens mobiliers visés au paragraphe 3 de l'article 22 ne sont imposables que dans l'État contractant qui a le droit de les imposer en vertu dudit article.

3. Les gains tirés par un résident d'un État contractant de l'aliénation de participations dans une société située dans l'autre État ou en actions visées à l'alinéa a) ci-dessus sont imposables dans cet autre État.

4. Les gains tirés de l'aliénation de biens autres que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 du présent article ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant est un résident.

Article 14. Professions indépendantes

1. Les revenus qu'un résident de l'un des États contractants tire d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'intéressé ne dispose de façon habituelle dans l'autre État contractant d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. S'il dispose d'une telle base fixe, les revenus peuvent être imposables dans l'autre État, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à cette base fixe.

2. L'expression "profession libérale" couvre notamment les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique et celles des médecins, juristes, ingénieurs, architectes, dentistes et conseils en gestion.

Article 15. Professions salariées

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19 de la présente Convention, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident de l'un des États contractants perçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet État.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les rémunérations qu'un résident de l'un des États contractants perçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre État contractant ne sont imposables dans le premier État que si:

a) Le bénéficiaire séjourne dans cet autre État pendant une ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours d'une période de 12 mois;

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de cet autre État; et

c) Les rémunérations ne sont pas déduites des bénéfices d'un établissement stable ou d'une base fixe de l'employeur dans cet autre État.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations perçues au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international peuvent être imposables dans l'État contractant dont l'entreprise qui exploite le navire ou l'aéronef est un résident.

Article 16. Tantièmes

Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident de l'un des États contractants perçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration d'une société qui est un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

Article 17. Artistes et sportifs

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 de la présente Convention, les revenus tirés d'activités personnelles exercées individuellement ou en groupe en tant qu'artiste du spectacle (artiste de théâtre, de cinéma, de radio ou de télévision), musicien ou sportif, ainsi que les revenus tirés de telles activités par les artistes professionnels employés par une entreprise sont imposables dans l'autre État contractant où elles sont exercées.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne sont pas applicables lorsque la visite des artistes ou sportifs professionnels dans un État contractant est financée intégralement ou essentiellement par des institutions publiques de l'autre État contractant, de l'un de ses États fédérés, de l'une de ses subdivisions politiques ou de l'une de ses collectivités locales.

Article 18. Caisses publiques

1. Sous réserve des dispositions de l'article 19, les rémunérations versées par un État contractant, un de ses États fédérés, une de ses subdivisions politiques ou une de ses collectivités locales, directement ou par imputation à un fonds spécial créé par l'État contractant, un de ses États fédérés, une de ses subdivisions politiques ou une de ses collectivités locales à une personne physique au titre d'activités salariées ne sont imposables que dans ledit État. Si l'activité salariée est exercée dans l'autre État contractant par un ressortissant de ce dernier qui n'est pas ressortissant du premier, les rémunérations ne sont imposables que dans le deuxième de ces États.

2. Le paragraphe 1 s'applique mutatis mutandis aux rémunérations versées à un spécialiste ou volontaire détaché dans l'autre État contractant avec l'assentiment de ce dernier dans le cadre d'un programme d'aide au développement d'un État contractant, d'un de ses États fédérés, d'une de ses subdivisions politiques ou d'une de ses collectivités locales au

moyen de fonds provenant exclusivement de cet État contractant, de ses États fédérés, de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales.

3. Les articles 15, 16 et 17 s'appliquent aux rémunérations versées au titre d'activités salariées réalisées dans le contexte d'une activité industrielle à des fins lucratives de l'un des États contractants, d'un de ses États fédérés, d'une de ses subdivisions politiques ou d'une de ses collectivités locales.

Article 19. Pensions

Les pensions et autres rémunérations similaires versées au titre d'un emploi passé à un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

Article 20. Enseignants, étudiants et stagiaires

1. Les rémunérations perçues par un professeur dans l'enseignement supérieur ou un enseignant qui est résident d'un État contractant ou l'a été immédiatement avant de se rendre dans l'autre État contractant pour une durée maximum de deux ans pour y poursuivre des études, mener des recherches ou exercer une activité pédagogique dans une université, un établissement d'enseignement supérieur, d'une école ou un autre établissement d'enseignement, au titre de ses activités ne sont pas imposables dans l'autre État contractant si elles ne sont pas versées par ce dernier.

2. Si une personne physique a été un résident d'un État contractant immédiatement avant de se rendre dans l'autre État contractant et séjourne dans cet autre État à titre provisoire, uniquement à titre d'étudiant dans une université, un établissement d'enseignement supérieur, une école ou un autre établissement d'enseignement semblable de l'autre État ou à titre d'apprentis (sont inclus, en République fédérale d'Allemagne, les "Volontär" ou "Praktikant"), l'intéressé, dès son arrivée dans l'autre État, est exempté d'impôt pendant la durée de son séjour dans ce dernier État:

a) au titre de toutes les sommes transférées de l'étranger pour financer ses frais d'entretien, d'études ou de formation; et

b) pendant une période totale de trois ans au maximum au titre de toutes les rémunérations versées en contrepartie de travaux accomplis dans l'autre État contractant pour compléter les sommes disponibles pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation, jusqu'à concurrence d'un montant total de 7 200 DM par année civile ou de son équivalent en monnaie bolivienne.

3. Si une personne physique a été un résident d'un État contractant immédiatement avant de se rendre dans l'autre État et y séjourne à la seule fin de poursuivre des études, d'y mener des recherches, d'y suivre une formation ou dans le cadre d'un programme d'assistance technique réalisé par le gouvernement de l'un des États contractants et perçoit à ce titre un subside, d'un montant destiné à couvrir en partie ses frais d'entretien ou une bourse d'une organisation scientifique, pédagogique, religieuse ou caritative, l'intéressé, dès son arrivée dans l'autre État et pendant la durée de son séjour, est exempté d'impôt dans ce dernier État.

a) au titre du subside, du montant reçu pour couvrir ses frais d'entretien ou de la bourse reçue;

b) au titre de tous les montants transférés de l'étranger pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation.

Article 21. Autres revenus

Les éléments du revenu perçus par un résident de l'un des États contractants qui ne sont pas visés dans les articles précédents de la présente Convention ne sont imposables que dans l'autre État.

Article 22. Fortune

1. La fortune constituée par les biens immobiliers visés au paragraphe 2 de l'article 6 de la présente Convention est imposable dans l'autre État contractant où elle est située. 2. La fortune constituée par les biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou par des biens mobiliers qui font partie d'une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant l'exercice d'une profession indépendante est imposable dans l'État contractant où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

3. Les navires et aéronefs exploités en trafic international et les biens mobiliers qui font partie de l'exploitation de ces navires et aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

Article 23. Élimination de la double imposition

1. a) Dans le cas d'un résident de la République fédérale d'Allemagne, sont exclues de la base de calcul de l'impôt allemand les revenus ci-après, lesquels, conformément aux dispositions de la présente Convention, sont imposables en République de Bolivie:

aa) les revenus provenant de bien immobiliers au sens de l'article 6 et les plus-values provenant de l'aliénation desdits biens;

bb) les bénéfices des entreprises au sens de l'article 7 et les plus-values visées au paragraphe 2 de l'article 13;

cc) les dividendes au sens de l'article 10 payés à une société résidente de la République fédérale d'Allemagne par une société résidente de la République de Bolivie dont le capital appartient directement, à concurrence de 10 pour cent au moins, à la société allemande;

dd) les rémunérations au sens des articles 14 et 15 et des paragraphes 1 et 2 de l'article 18.

La République fédérale d'Allemagne se réserve néanmoins le droit de prendre en compte, pour la détermination de l'impôt, les revenus ainsi exemptés.

Les dispositions précédentes s'appliquent également aux biens de toute nature sis en République de Bolivie si les revenus en provenant doivent ou devraient être exclus de la base de calcul de l'impôt allemand. b) Au cas où l'alinéa précédent n'est pas applicable, l'impôt perçu par le fisc bolivien conformément à la législation bolivienne et à la présente Convention est déduit de l'impôt sur le revenu et de l'impôt sur les sociétés devant être perçu en République fédérale d'Allemagne sur des revenus provenant de la République de Bolivie. Est également déduit de l'impôt sur la fortune devant être perçu en République fédérale d'Allemagne sur les biens de toute nature sis en République de Bolivie l'impôt sur la fortune perçu par le fisc bolivien conformément à la législation bolivienne et à la présente Convention. Le montant de la déduction ne peut cependant pas excéder la partie de l'impôt allemand correspondant auxdits revenus ou auxdits biens avant la déduction.

c) Aux fins de la déduction visée à l'alinéa précédent, l'impôt bolivien est réputé s'élever:

aa) dans le cas des intérêts au sens du paragraphe 3 de l'article 11, à 20 pour cent de leur montant;

bb) dans le cas des redevances au sens du paragraphe 2 de l'article 12, à 20 pour cent de leur montant.

2. Dans le cas d'un résident de la République de Bolivie, est exclu du calcul de l'impôt bolivien tout type de revenu provenant de la République fédérale d'Allemagne et toute fortune située en République fédérale d'Allemagne qui pourraient être imposés dans ce pays conformément à la présente Convention. La République de Bolivie conserve néanmoins le droit d'inclure les éléments de revenu et de fortune ainsi exclus dans la détermination de l'impôt applicable.

Article 24. Non-discrimination

1. Les ressortissants de l'un des États contractants ne sont soumis dans l'autre État contractant à aucune imposition ou obligation connexe autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujettis, dans les mêmes circonstances, les ressortissants de cet autre État.

2. L'établissement stable qu'une entreprise de l'un des États contractants a dans l'autre État contractant n'est pas imposé selon des modalités moins favorables dans cet autre État que les entreprises de ce dernier qui exercent les mêmes activités. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant l'un des États contractants à accorder à un résident de l'autre État contractant des réductions personnelles, abattements ou réductions d'impôt qu'il accorde à un de ses résidents en raison de son état civil, de ses charges de famille ou d'autres circonstances personnelles.

3. Sauf en cas d'application de l'article 9, du paragraphe 6 de l'article 11 et du paragraphe 5 de l'article 12 de la présente Convention, les intérêts, redevances et autres sommes payés par une entreprise de l'un des États contractants à un résident de l'autre État contractant sont déductibles, aux fins du calcul des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier État. De même, les dettes d'une entreprise d'un État contractant à l'égard d'un résident de l'autre État contractant sont déductibles aux fins de la détermination de l'actif imposable de cette entreprise dans

les mêmes conditions que si elles avaient été contractées à l'égard d'un résident du premier État.

4. Les entreprises de l'un des États contractants dont le capital est, en totalité ou en partie et directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant ne sont assujetties dans le premier État à aucune imposition ou obligation fiscale connexe autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujetties les autres entreprises similaires du premier État.

5. Nonobstant les dispositions de l'article 2, les dispositions du présent article s'appliquent à tous les impôts, quelle que soit leur nature ou leur dénomination.

Article 25. Procédure amiable

1. Lorsqu'un résident d'un État contractant estime que les mesures prises par l'un des États contractants ou par les deux entraînent ou entraîneront pour lui une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, il peut, sans préjudice des voies de recours internes, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'État contractant dont il est résident.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et faute de pouvoir elle-même apporter une solution satisfaisante, de régler l'affaire par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre État contractant en vue d'éviter une imposition non conforme à la Convention.

3. Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent de résoudre par voie d'accord amiable, toute difficulté ou tout doute quant à l'interprétation ou l'application de la Convention. Elles peuvent également s'entendre pour essayer d'éviter une double imposition dans des cas non prévus par celle-ci et établir d'un commun accord les modalités d'application des dispositions de la Convention relative à l'imposition à la source.

4. Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord au sens des paragraphes précédents.

Article 26. Échange de renseignements

1. Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements nécessaires à l'application des dispositions de la présente Convention. Les renseignements reçus par l'un des États contractants sont tenus secrets et sont exclusivement communiqués aux personnes, autorités ou tribunaux qui interviennent dans l'établissement ou le recouvrement des impôts visés dans la Convention ou dans les procédures d'exécution, les poursuites et les décisions sur recours administratif ou judiciaire concernant ces impôts. Les tribunaux compétents peuvent cependant en faire état dans le cadre d'audiences publiques.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant l'un des États contractants l'obligation de:

a) prendre des mesures administratives dérogeant à la législation ou à la pratique administrative de l'un ou l'autre des États contractants;

b) communiquer des renseignements auxquels la législation ou la pratique administrative normale de l'un ou l'autre des États contractants ne permet pas d'avoir accès;

c) communiquer des renseignements qui reviendraient à révéler un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial ou dont la révélation serait contraire à l'ordre public.

Article 27. Agents diplomatiques et fonctionnaires consulaires

1. Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les agents diplomatiques ou fonctionnaires consulaires en vertu soit des règles générales du droit international, soit des dispositions de conventions particulières.

2. Dans la mesure où les revenus ou les biens d'une personne ne sont pas imposables dans l'État d'accueil en raison des privilèges dont jouit l'intéressé en vertu des règles générales du droit international ou de conventions internationales particulières, le droit d'imposition relève de l'État d'envoi.

3. Conformément à la présente Convention, les membres d'une mission diplomatique ou d'un poste consulaire tenu par l'État contractant sur le territoire de l'autre État contractant ou d'un État tiers, ainsi que les personnes faisant partie de leur ménage, sont considérés comme des résidents de l'État d'envoi s'ils sont ressortissants de ce dernier et sont soumis à l'impôt sur le revenu et sur la fortune dans les mêmes conditions que les résidents dudit État.

4. La présente Convention n'est pas applicable aux membres de missions diplomatiques ou de bureaux consulaires d'un État tiers qui séjournent dans l'un des États contractants mais qui, aux fins des impôts sur le revenu et sur la fortune, ne sont pas considérés comme résidents dans l'un ou l'autre des deux États contractants.

Article 28. Entrée en vigueur

1. La présente Convention est sujette à ratification et les instruments de ratification seront échangés à La Paz dès que possible.

2. La présente Convention entrera en vigueur 30 jours suivant la date de l'échange des instruments de ratification et s'appliquera:

a) en République fédérale d'Allemagne, aux impôts correspondant aux années d'imposition commençant le 1er avril 1991 ou à une date ultérieure;

b) en République de Bolivie, aux impôts correspondant aux années d'imposition commençant le 1er avril 1991 ou à une date ultérieure;

c) dans les deux États contractants, aux impôts perçus par retenue à la source payés après le 31 décembre 1990.

Article 29. Dénonciation

La présente Convention demeurera en vigueur pendant une durée indéfinie, étant entendue toutefois que l'un ou l'autre des États contractants pourra la dénoncer par écrit et par

la voie diplomatique avant le 1er juillet de toute année civile commençant après l'expiration d'une période de cinq ans depuis son entrée en vigueur. En pareil cas, la Convention cessera de produire effet: a) en République fédérale d'Allemagne, en ce qui concerne les impôts perçus pour les années d'imposition suivant celle de la notification de dénonciation;

b) en République de Bolivie, en ce qui concerne les impôts perçus pour les années d'imposition suivant celle de la notification de dénonciation;

c) dans les deux États contractants, aux impôts perçus par retenue à la source payés après le 31 décembre de l'année de la notification de dénonciation.

Fait à Königswinger/Pertersberg le 30 septembre 1992 en deux exemplaires originaux en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

KINKEL

ZEITLER

Pour la République de Bolivie :

MACLEAN

PROTOCOLE

La République fédérale d'Allemagne et la République de Bolivie,

À l'occasion de la signature de la Convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune faite à Königswinger/Pertersberg le 30 septembre 1992, sont convenues des dispositions ci-après, qui font partie intégrante de la Convention:

1. Les États contractants déclarent ce qui suit:

La présente Convention ne porte aucunement atteinte aux systèmes fiscaux respectifs des États contractants et en particulier au système fiscal bolivien fondé sur la source des revenus et au système fiscal allemand fondé sur la résidence et l'imposition des revenus où qu'ils aient leur source.

2. En ce qui concerne l'article 7:

a) Dans le cas d'un chantier de construction, d'installation ou de montage, les bénéfices résultant de telles activités ne peuvent être imposés que dans l'État contractant où se trouve l'établissement stable. Les bénéfices tirés de livraison de marchandises de l'établissement stable principal à un autre établissement stable de l'entreprise ou d'un tiers et provenant des dites activités ou réalisés indépendamment de celles-ci ne sont pas imputés au chantier de construction, d'installation ou de montage;

b) Les revenus provenant d'activités de planification, de projection, de construction, de recherche et de services techniques réalisées dans l'État contractant par un résident de ce dernier en rapport avec un établissement stable maintenu dans l'autre État contractant ne sont pas imputables audit établissement.

3. En ce qui concerne l'article 7:

L'impôt perçu sur les bénéfices transférés par un établissement stable en Bolivie d'une entreprise de la République fédérale d'Allemagne ne peut pas excéder 15 pour cent.

4. En ce qui concerne les articles 10 et 11:

Nonobstant les dispositions desdits articles, les bénéfices qui sont visés provenant de la République fédérale d'Allemagne sont soumis aux impôts prévus par la législation de cet État:

a) S'ils sont fondés sur des droits ou des créances assortis d'un droit de participation aux bénéfices (y compris les revenus qu'un commanditaire tire de sa participation dans la société, des prêts assortis d'un droit de participation aux bénéfices, d'obligations ou de titres ou valeurs semblables donnant droit à une participation aux bénéfices au sens du droit fiscal de la République fédérale d'Allemagne); et

b) S'ils sont déductibles aux fins du calcul des bénéfices du débiteur.

5. En ce qui concerne l'article 11:

Les commissions qu'un résident de la République de la Bolivie paie à une banque ou à un autre établissement de crédit au titre de services fournis par ce dernier sont considérées comme des intérêts et sont sujettes aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 11.

6. En ce qui concerne les articles 10, 11 et 12 et le paragraphe 3 du Protocole:

Si le montant calculé en application de la législation nationale applicable est inférieur au montant calculé en application de la Convention, c'est le premier qui est pris en considération.

7. En ce qui concerne l'article 23:

Si une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne distribue des dividendes provenant de revenus ayant leur source en République de Bolivie, l'article 23 n'exclut pas l'application de l'impôt tenant lieu d'impôt sur les sociétés conformément à la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne.

8. En ce qui concerne l'article 23:

Nonobstant les dispositions de l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 23 de la Convention, l'alinéa b) dudit article, sauf les dispositions complémentaires de l'alinéa c), s'applique mutatis mutandis aux bénéfices d'un établissement stable, aux biens constituant le capital d'exploitation d'un établissement stable, aux dividendes payés par une société, à la participation dans une société ou aux bénéfices visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 13 de la Convention, à moins que le résident de la République fédérale d'Allemagne n'apporte la preuve que les revenus de l'établissement stable de la société proviennent exclusivement ou presque exclusivement:

a) De l'une des activités ci-après réalisées en République de Bolivie: production ou vente de marchandises ou de produits, extraction de ressources naturelles, activités agricoles ou d'élevage, conseils techniques, fournitures de services techniques ou affaires bancaires ou d'assurance; ou

b) Des dividendes payés par une ou plusieurs sociétés qui sont des résidents de la République de Bolivie dont le capital appartient à concurrence de plus de 25 pour cent à la société susmentionnée et qui, à son tour, perçoit ses revenus exclusivement ou presque exclusivement de l'une des activités suivantes réalisées en République de Bolivie: production ou vente de marchandises ou de produits, extraction de ressources naturelles, activités agricoles ou d'élevage, conseils techniques, fournitures de services techniques ou affaires bancaires ou d'assurance.